

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt

73. Sitzung
13. April 2016

Beginn: 11.02 Uhr
Schluss: 14.06 Uhr
Vorsitz: Dr. Manuel Heide (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 (neu) der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/2773
**Achtzehntes Gesetz zur Änderung des allgemeinen
Sicherheits- und Ordnungsgesetzes**

[0296](#)
StadtUm
ArbIntFrau(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0010](#)
**Nachnutzung Flughafen Tegel – Stand der Planung
und Entwicklung**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU) StadtUm
- b) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0102](#)
Drucksache 17/0960
**Masterplan TXL – Nachnutzung des Flughafens
Tegel**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen) StadtUm
WiFoTech
- c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0105](#)
Drucksache 17/0977
**Internationale Strahlkraft für Tegel: Modellquartier
für Zukunftstechnologien in Gewerbe und Wohnen** StadtUm

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0099](#)
**Stand und Potenziale der Sammlung und
Verwertung von biogenen Abfällen in Berlin unter
Berücksichtigung des Abfallwirtschaftskonzeptes für
das Land Berlin (siehe Drs. 17/0891
„Abfallwirtschaftskonzept für das Land Berlin“)**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU) StadtUm
- b) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0181](#)
Drucksache 17/1605
**Abfallwirtschaftskonzept für das Land Berlin
Drucksachen 16/4102 und 17/0891**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen) StadtUm
- c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0250](#)
Drucksache 17/2301
**Mehr Klima- und Ressourcenschutz: Für eine
Bioabfallsammlung in ganz Berlin** StadtUm
Haupt

Vertagt.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Wir kommen zu

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0246](#)
Altglassammlung in Berlin – Auswertung des Pilotprojektes und zukünftige Entwicklung
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)
StadtUm
- b) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0252](#)
Drucksache 17/2359
Glascontainer müssen bleiben (alt)
Bewährte Berliner Altglassammlung sichern: Hoftonnen stadtweit erhalten, Sammelqualität verbessern, Öffentlichkeitsarbeit verstärken (neu)
Drucksachen Nr. 17/1369, 17/1536 und 17/1622 – Schlussbericht –
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Die Linke)
StadtUm
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0254](#)
Strukturierung der Altglassammlung in Berlin: Lösungsvorschläge zum Kompromiss zwischen den Interessen des Dualen Systems und den Interessen der Berlinerinnen und Berliner
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
StadtUm
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0261](#)
Altglassammlung
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)
StadtUm
- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0299](#)
Altglassammlung in Berlin (hierzu auch Drs. 17/2359)
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)
StadtUm

Hierzu: Anhörung

Da der Tagesordnungspunkt die Unterpunkte a) bis e) umfasst und diese die gleiche Problematik betreffen, schlage ich vor, dass wir die Punkte gemeinschaftlich debattieren und dass sich die Anhörung selbstverständlich auch auf all diese Punkte bezieht. – Zu dieser Anhörung darf ich begrüßen: Herrn Thürmer, den Leiter des Vorstandsbüros der Berliner Stadtreinigung, sowie Herrn Leinius, den Leiter des Justizariats. Von der Firma Der Grüne Punkt – Duales System Deutschland GmbH begrüße ich die Herren Schneider und Völl, und von der

RKD Kontor Dual GmbH & Co. KG Herrn Messerschmidt, das ist der Justiziar. – Herzlich willkommen bei uns zur Anhörung!

Ich darf darauf aufmerksam machen, dass wir bei Anhörungen ein Wortprotokoll führen. Das heißt, dass Ihre Äußerungen sozusagen für die Nachwelt und auch für kritische Nachfragen erhalten bleiben. Ich gehe davon aus, dass wir sowohl das Wortprotokoll führen, als auch dass das Einverständnis besteht, dass Rundfunk- und Fernsehaufnahmen gemacht werden. Ich bitte darum, dass wir, wenn es erforderlich erscheint, zu den Tagesordnungspunkten 5 a), b), d) und e) kurz eine Begründung der Koalition hören; zu den Punkten b) und c) wäre eine Begründung durch die Fraktion Die Linke möglich, wenn das gewünscht wird. – Herr Buchholz, Sie haben das Wort!

Daniel Buchholz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren! Liebe Anzuhörende! Vielen Dank, dass Sie da sind und auch, dass Sie es alle so kurzfristig einrichten konnten! – Wir haben heute ein sehr wichtiges Thema auf der Tagesordnung – nicht zum ersten Mal im Umweltausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses, ich befürchte, auch nicht zum letzten Mal, denn das, was uns in den letzten Tagen an Zwischenmeldungen erreicht hat, findet überhaupt nicht unseren Gefallen, das muss ich gestehen.

Wir haben Ende 2013 erleben müssen, dass das Duale System praktisch die ganze Stadt überrascht hat, indem handstreichartig dafür gesorgt wurde, dass in drei Ostberliner Bezirken, nämlich in Lichtenberg, in Marzahn-Hellersdorf und in Treptow-Köpenick, von heute auf morgen, Knall auf Fall, ohne Ankündigung praktisch die Hälfte der Haus- und Hoftonnen zur Altglassammlung bei den Haushalten abgebaut wurde, auch mit verheerenden Konsequenzen, was die Abfallmenge angeht. Um das gleich vorwegzunehmen: Es gab eine wissenschaftliche Begleitung. Wir, die Umweltsprecher aller fünf Fraktionen, haben das intensiv begleitet, und alle Befürchtungen, die wir damals, Ende 2013, Mitte 2014, formuliert haben, sind leider komplett eingetreten.

Wir haben hier mehrfach darüber gesprochen. Wir haben dann als Abgeordnetenhaus einen einstimmigen Beschluss gefasst – nicht nur der Umweltausschuss, sondern das gesamte Berliner Abgeordnetenhaus: Wir möchten bei der Altglassammlung in allen Berliner Bezirken die Haus- und Hoftonnen behalten. – Ich bin jetzt ein Stück weit schockiert, wenn ich sehe, dass das Duale System und der ausschreibende Systemführer, die RKD GmbH & Co. KG, meinen, dass sie zwar in neun anderen Bezirken in Berlin sehr gut damit leben können, dass wir eine haushaltsnahe Erfassung von Altglas haben – auf gut Deutsch, dass es dort Haus- und Hoftonnen gibt –, sie aber seltsamerweise in diesen drei Ostberliner Bezirken den alten, bewährten Zustand nicht wieder zurückhaben wollen und das nicht unterstützen. Das werden wir – ich glaube, das kann ich schon für alle Abgeordneten hier im Saal vorwegnehmen – schlichtweg nicht akzeptieren. Weder das Parlament noch die Senatsverwaltung wird das in dieser Form akzeptieren, und darum werden wir, glaube ich, heute eine lustige und muntere Besprechung miteinander führen, denn das ist schlichtweg nicht nachvollziehbar.

Sie – das entsprechend verantwortliche Duale System – haben gerade eine Ausschreibung herausgegeben, nach meiner Kenntnis für die drei Bezirke BE 101, das sind die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau und Steglitz-Zehlendorf. Da läuft der Vertrag auch Ende 2016 aus, und zu Anfang 2017 muss neu ausgeschrieben werden. Dort haben Sie akzeptiert, dass es die bewährte Anzahl an Haus- und Hoftonnen gibt. Trotz des gleichen Zeitablaufs

akzeptieren Sie das für den Bereich BE 104 – die drei Ostberliner Bezirke – nicht. Das ist aus meiner Sicht schlichtweg widersinnig. Da bitte ich um Erläuterung, Erklärung: Wie kann das sein? – Das ist ökologisch nicht der richtige Weg und vor allem auch aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht akzeptabel, die für die Sammlung und Entsorgung dieser Abfälle schon einmal bezahlt haben, nämlich an der Ladenkasse. Es geht nicht bloß um Komfort – um es ganz klar zu sagen: Wir haben als Umweltsprecherinnen und Umweltsprecher bei der einjährigen wissenschaftlichen Begleitung wirklich eine Menge gelernt, auch viele Dinge, die wir niemals wissen wollten, aber wir wissen sie jetzt. Und wir wissen an erster Stelle, dass die gesammelte Altglasmenge in dem betroffenen Gebiet deutlich zurückgegangen ist, um 19 Prozent, wobei die negative Umweltwirkung mit Abstand alles andere schlägt. Man könnte jetzt noch vieles ausführen, was die Getrenntsammlung angeht; es haben sich dann auch beim Cyclos-Gutachten wieder viele Widersprüche gezeigt.

Dass es ganz offensichtlich viel einfacher ist, bei den Haus- und Hoftonnen das ganz Naheliegende zu tun, nämlich verschließbare Deckel einzuführen, kleine Öffnungen, wo das Altglas durchpasst und dann nur noch Altglas und nichts anderes, und entsprechende Änderungen bei den Umschlagplätzen mit einer vernünftigen Beklebung der entsprechenden Tonnen – das haben wir alle miteinander gelernt, auch Sie, Herr Schneider, Sie waren bei allen Besprechungen dabei. Umso mehr kann es heute nur erstaunen und verwundern, dass das DSD und der ausschreibende Systemführer hier etwas anderes verfolgen. Wir bitten dringend um Aufklärung, und vor allem hoffe ich, dass Sie sich noch einmal einen kleinen Moment Zeit nehmen, zu durchdenken, ob es wirklich sinnvoll ist, gegen das Land Berlin und gegen das gesamte Berliner Abgeordnetenhaus solche seltsamen Dinge durchzuführen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Gibt es Weiteres zur Begründung? – Frau Platta!

Marion Platta (LINKE): Die Linke hat noch die Tagesordnungspunkte b) und c) zu begründen. Wir hatten im Juli vergangenen Jahres den Besprechungspunkt „Strukturierung der Altglassammlung in Berlin: Lösungsvorschläge zum Kompromiss zwischen den Interessen des Dualen Systems und den Interessen der Berlinerinnen und Berliner“ angemeldet. Ich gehe davon aus, dass es da innerhalb der Koalition schon einen leichten Informationsvorsprung gibt. Ich dachte, wir können noch über Lösungsvorschläge und Kompromisse reden. Offensichtlich sieht es aber jetzt so aus, dass sich der Systembetreiber durchsetzen und die Interessen der Berlinerinnen und Berliner nicht mehr beachten möchte. Umso wichtiger ist es, dass wir heute darüber sprechen, dass wir die Beteiligten am Tisch haben und dann doch noch zu dem einen oder anderen Punkt kommen können, der zur Optimierung der Hofsammlensysteme führen könnte und letztendlich dazu beiträgt, dass wir an unserem Beschluss hier im Abgeordnetenhaus festhalten können. Vielleicht ist es auch sinnvoll, dass sich die BSR noch einmal äußert, um ihre Sicht auf die Dinge kundzutun und inwieweit sie dazu beitragen könnte, dass da eine Optimierung möglich ist, da sie überwiegend auf denselben Abstellplätzen wie die Glastonnen – wenn sie denn auf den Höfen lokalisiert sind – zu Hause ist.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Gaebler hatte sodann um das Wort gebeten, sodass wir vielleicht ein paar eingehende Erläuterungen von der Senatsverwaltung bekommen.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren Abgeordneten! Das Thema hat uns hier im Ausschuss sehr intensiv bewegt. Ich glaube, dass sich wenige Landesparlamente so ausführlich mit Detailfragen der Alt-

glaserfassung, -verwertung, der Zwischenlagerung, und was dort alles diskutiert wurde, befasst haben. Insofern glaube ich, dass das Land Berlin sowohl seitens des Senats als auch seitens des Landesparlaments seine Verpflichtungen aus den verschiedenen Vereinbarungen erledigt hat, nämlich eine Abstimmung und ein Eingehen auf das, was die anderen Partner jeweils in die Diskussion einführen, und dass wir uns auch nur aus diesem Grunde – um eine entsprechende Abstimmung und das kooperative Verfahren weiterzuführen – zu diesem Pilotprojekt bereiterklärt haben, ganz ausdrücklich ohne damit Vorfestlegungen zu treffen.

Das Pilotprojekt hat, das hat Herr Buchholz schon angedeutet – genau das, was die Systembetreiber behauptet haben, dass die Qualität des Altglases so schlecht sei, weil das Hol- und Bringsystem in Berlin anders gestaltet sei als in anderen Bundesländern –, eben nicht ergeben, dass sich dadurch die Glasqualität deutlich verbessert. Es hat übrigens für die drei anderen Gebiete, in denen weiterhin das alte System gegolten hat, seit Jahren keine Beschwerden mehr seitens der Glasindustrie über schlechte Qualität und Ähnliches gegeben. Vielmehr haben wir festgestellt, dass das teilweise durch die Transportart und die Umschlagfähigkeit verursacht worden ist und nicht durch die Art der Behälter und wo diese stehen. Zudem, das wurde auch schon gesagt, ist die Menge des erfassten Altglases erheblich zurückgegangen. Damit stellen die Systembetreiber ihre eigentliche Aufgabe, die Glaserfassung sicherzustellen, infrage. Wir glauben, dass angesichts der aktuellen Diskussionen, die bundesweit geführt werden – inwieweit dieses privatwirtschaftliche System der Wertstofffassung tatsächlich zukunftsfähig ist, oder ob es grundsätzlich geändert werden muss –, das, was die Systembetreiber hier gerade machen, nämlich zu sagen: Uns geht es nur darum, wie viel Geld etwas kostet, die Qualität ist uns egal und auch, wie viel Altglas wir am Ende erfassen –, ein Spiel mit dem Feuer ist.

Das Land Berlin hat sich bisher wie auch in dem ganzen Verfahren immer für einen kooperativen Umgang und auch dafür ausgesprochen, kooperative Modelle weiter zu ermöglichen. Das werden wir uns im Lichte dessen, was die Systembetreiber im Moment hier in Berlin treiben – nicht nur bei der Frage der Altglasentsorgung, sondern auch bei der Frage der Nebenentgelte –, sicherlich noch einmal genau angucken. Ich will an der Stelle nur soweit sagen: Wir haben dem federführenden Systembetreiber RKD zum einen mitgeteilt, wie die Beschlusslage des Abgeordnetenhauses ist, zum anderen, wie unsere Einschätzung ist, zum Dritten auch, wie die Gutachtenergebnisse sind, und Sie aufgefordert, einen Vorschlag für die Ausschreibung zu machen, der die Umsetzung der alten Anteile wiederherstellt. Daraufhin wurde gesagt: Na ja, wir sind ja da nicht alleine, und die anderen Systembetreiber machen das alles nicht mit, sobald es mehr Geld kostet. – Wenn es hier tatsächlich nur darum geht, wie viel Geld die Systembetreiber in die eigene Tasche stecken können, und nicht darum, wie viele Wertstoffe tatsächlich im Kreislauf landen und wie das Geld, das die Verbraucher schon bezahlt haben, entsprechend zielgerichtet für die Verbraucher eingesetzt wird, dann hat sich dieses System ad absurdum geführt und dann müssen wir möglichst schnell dafür sorgen, dass es abgeschafft und durch ein kommunalisiertes System ersetzt wird, wo tatsächlich eine Kontrolle des Geldes stattfindet, das die Bürger zahlen, für Leistungen, die dann auch an die Bürger gehen.

Zum Thema Nebenentgelt, das will ich noch einbringen, weil das einen erheblichen Anteil an der Reinigung und Instandhaltung der Standplätze für die Altglassammlung, die Container hat: DSD und andere haben uns mitgeteilt, dass sie ab sofort nur noch bereit sind, weniger als ein Drittel der bisherigen Nebenentgelte zu zahlen. Das reicht nicht einmal, um eine vernünft-

tige Standplatzreinigung zu gewährleisten. Gleichzeitig wird aber gesagt: Wir gehen aber davon aus, dass das Land Berlin seiner gesetzlichen Verpflichtung zu dieser Instandhaltung und Reinigung nachkommt. – Da kann ich Ihnen ganz klar sagen, Herr Schneider: Wenn Sie Ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und meinen, Sie können einseitig festlegen, wie viel Geld Sie aus irgendwelchen Vereinbarungen heraus zahlen, dann ist das ein klarer Vertrauensbruch. Es ist kein kooperatives Verfahren, und es ist auch keine Abstimmung, die da stattfindet. Sie haben uns jetzt mitgeteilt, was Sie bereit sind zu zahlen. Sie haben alle Angebote, die wir Ihnen gemacht haben, auch für ein gemeinsames Verfahren, auch zu einer Überprüfung der Verwendung der Nebenentgelte, ignoriert. So werden Sie nicht davonkommen! Sie stellen im Moment das System infrage, Sie stellen die Abstimmungsvereinbarung infrage, und Sie stellen Ihre Freistellung infrage. Das Land Berlin wird, wenn Sie nicht sehr schnell einlenken, die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen müssen – und auch werden.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Schneider! Sie haben jetzt die Gelegenheit – vielleicht als Erster, weil Sie direkt angesprochen sind – zu einer entsprechenden Replik. Wir gehen von einem Zeithorizont von fünf Minuten pro Anzuhörendem aus. Danke! Sie haben das Wort!

Bernd Schneider (DSD): Danke schön! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Danke für die Gelegenheit, zum Thema Altglassammlung in Berlin für mein Haus, die DSD GmbH, Stellung nehmen zu dürfen! – Der Ist-Zustand des Glassammelsystems in Berlin lässt sich wie folgt zusammenfassen: In keiner Stadt Deutschlands wird ein höherer Aufwand bei der Glassammlung betrieben, dennoch sind sowohl die Qualität als auch die Quantität der eingesammelten Scherben weit unterdurchschnittlich. Berlin belegt den drittletzten Platz pro Kopf an Sammelmenge im Ländervergleich, und die Qualität des Sammelglases ist so schlecht, dass die Industrie schon wiederholt mit Abweisung aller Berliner Glasmengen gedroht hat.

Ein solcher Befund gibt Anlass, ein altes Konzept zu überdenken. Daher haben das Land Berlin und die dualen Systeme 2012 in § 6 ihrer Abstimmungsvereinbarung festgehalten, eine Arbeitsgruppe aus Sachverständigen, aus Industrieerfassern, Berliner Stadtreinigung, der Senatsverwaltung und den dualen Systemen zu bilden, die Lösungen erarbeitet, die dann bei den kommenden Ausschreibungen umgesetzt werden. Als Ergebnis dieses Arbeitskreises ist das Vertragsgebiet Berlin 104, die Bezirke Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick, ab 2014 umgestellt worden, und zwar dergestalt, dass die Behältersammlung reduziert und die Depotcontainersammlung bei gleichzeitiger Entflechtung beider Systeme intensiviert wurde.

Die Umstellung des Gebietes Berlin 104 war kein von den dualen Systemen einseitig veranlasster Piratenstreich und auch kein Pilotprojekt, sondern mit dem Land Berlin vereinbart und von diesem auch begleitet. – Auch das ist uns wichtig: Die Verpflichtung des Landes Berlin aus § 6 Abstimmungsvereinbarung gegenüber den dualen Systemen besteht nach wie vor fort. Aus Respekt vor den Abgeordneten des Landes Berlin haben wir einer weiteren Evaluierung des Glassammelsystems in Berlin durch unabhängige und vereidigte Sachverständige für Verpackungsentsorgung zugestimmt und die Umstellung weiterer Vertragsgebiete zurückgestellt.

Das Gutachten der Cyclos GmbH wurde am 13. Mai 2015 vorgelegt. Es bestätigt den Ausgangsbefund mit folgenden Kernthesen: Die Qualität des Glases aus der Depotcontainererfassung ist an allen Schnittstellen besser als die Qualität des Glases aus der Behältererfassung auf den Höfen. Die Sammelware aus den Höfen erfüllt die Spezifikationen der Glasindustrie im Mittel nicht. Auch die Gutachter empfehlen die Entwicklung eines neuen Gesamtkonzeptes für die Stadt. Dabei soll die Behältererfassung auf den Höfen auf verdichtete Wohnbebauung im Innenstadtbereich beschränkt werden, wo potenziell weniger Stellflächen für DCs zur Verfügung stehen. Im Rest der Stadt soll mit DCs entsorgt werden.

Die Berliner Stadtreinigung und die DSD GmbH haben das INFA-Institut gemeinsam gebeten, auf Grundlage der Erkenntnisse der Gutachter eine grundlegende Neuordnung des Erfassungssystems in Berlin zu konzipieren. Ein erster Entwurf wurde Ihnen beim vierten Runden Tisch „Glas“ vorgestellt.

Fazit – erstens: Das Land Berlin und die dualen Systeme haben durch die Unterzeichnung der Abstimmungsvereinbarung durch den damals zuständigen Senator Müller rechtlich verbindlich vereinbart, gemeinsam das Sammelsystem für Altglas in Berlin fortzuentwickeln. – Zweitens: Die von den Gutachtern erhobenen Befunde zeigen deutlich, wo die Schwächen des bestehenden Systems liegen und wie es zum Nutzen von Umwelt und Bürgern umgestaltet werden kann. – Drittens: Die Abstimmungsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und den dualen Systemen aus 2012 hatte nicht nur die Einführung einer Wertstofftonne zum Inhalt, sondern auch die überfällige Anpassung des Glassammelsystems. Gerade die Hauptstadt braucht ein modernes, nachhaltiges und zukunftsgerichtetes Getrenntsammlsystem, auch für Glas. Wir wünschen uns, gemeinsam mit Ihnen hieran zu arbeiten. Das INFA-Konzept erachten wir für eine gute Grundlage. – Das eingangs als Statement der DSD GmbH. Auf Ihre Fragen kann ich auch gerne gleich eingehen.

Zu Berlin 104 gibt es einen neuen Ausschreibungsführer, die RKD GmbH, die dazu konkret Stellung nehmen wird. Von uns so viel: Das Mengenproblem, Herr Buchholz – „um 20 Prozent sind die Mengen zurückgegangen“: Wir hatten es oft genug erörtert – die Datenbasis, auf der Sie diese Feststellung treffen, gibt es schlicht nicht. Auch die Gutachter Cyclos haben es im Gutachten ausführlich begründet. Die Zahlen sind in sich inkonsistent. Die Erklärung, noch ganz höflich: Das ist nicht erklärbar. – Auf so einer Tatsachenbasis etwas zu ändern, ist Unfug. Das machen wir nicht mit. Wir müssen die nächsten Jahre abwarten, wir müssen mit unseren Erfassern reden, wir müssen das Meldewesen renovieren. Die Zahlen, die Sie hier melden, halten wir schlicht für falsch.

Frau Platta! Wir waren gemeinsam bei Ihnen im Gebiet unterwegs. Es hat mir gefallen, dass Sie den Mut hatten, über Neues nachzudenken, nicht nur immer alles zurückdrehen und am Alten festhalten zu wollen. Ich begrüße es ausdrücklich, dass Sie dafür offen sind, dass wir auch Depotcontainer in der Nähe der Großwohnanlagen aufstellen. Ich denke, das ist auch Teil des INFA-Konzeptes. Das ist die richtige Richtung. Wir würden gerne mit Ihnen daran weiterarbeiten.

Herr Gaebler – „wir machen das eine so, das andere so“: Wir wollen nicht gegen die Stadt, wir wollen mit Ihnen das Glassammelsystem umstellen. Und Herr Gaebler – „unseren Verpflichtungen nicht nachgekommen“: Die dualen Systeme sind all ihren Verpflichtungen nachgekommen. Es geht hier auch nicht darum, was das an Geld kostet, was wir tun. Begonnen hat

das Ganze mit Beschwerden der Glasindustrie. Das ist kein Selbstzweck, was wir tun. Wir sammeln das Glas, damit die Industrie es aufbereiten kann, damit wir Kreisläufe schließen. Und wenn wir erkennen, wenn die Fachleute der BSR und die Gutachter erkennen, dass das Sammelsystem dafür nicht ausreichend taugt, dann ist das aus meiner Sicht ein Anlass, das zu ändern, und wir wünschen uns, dass Sie uns begleiten.

Die Frage der Nebenentgelte ist nicht auf der Tagesordnung; vielleicht nur ganz kurz dazu: Es gibt einen bundesweiten Standard, wie die Nebenentgelte bezahlt werden, und das bedeutet, dass der Aufwand, der für die Glascontainer draußen entsteht, im Wesentlichen pauschalisiert vergütet wird. Die Depotcontainer in Berlin sind halt wenige, und bezogen auf die Einwohner ist der Anschlussgrad sehr gering. Das führt zu einem kleinen Nebenentgelt. Es gibt so gesehen keinen Anlass, Ihnen ein höheres Nebenentgelt als 52 Cent zu bezahlen. – [Zuruf: Wie viel?] – 52 Cent pro Einwohner und Jahr. – Wir hatten Ihnen Gespräche angeboten, es gab Kompromisslinien. Wir wollten einen Teil des Nebenentgeltes für die Glasumstellung nutzen. Das haben Sie alles abgelehnt, Herr Gaebler. Es blieb uns gar nichts anderes übrig, als auch mal in der Bundesrepublik Gerechtigkeit herzustellen. Die ganze Bundesrepublik zahlt für Berlin mit, dafür gibt es keinen Grund! – Ich denke, die Fragen die bereits an mich gestellt wurden, habe ich damit beantwortet. Vielleicht fahren wir fort. Wir stehen auch gerne noch weiter zur Verfügung. – Danke!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Als Nächstes würde ich Herrn Messerschmidt bitten, Stellung zu nehmen.

Mark Messerschmidt (RKD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Zuerst einmal möchte ich Ihnen auf ausdrücklichen Wunsch meines Geschäftsführers – RKD Recycling Kontor Dual GmbH & Co. KG, Herr Dr. Florian Dühr – sein Bedauern ausdrücken, dass er nicht selbst der Einladung dieses Ausschusses folgen konnte. Die kurzfristige Einladung ließ es nicht zu, bestehende anderweitige Termine abzuändern. Als Justiziar der RKD und als derjenige, der mit den besonderen Anforderungen im Zusammenhang mit der Ausschreibung des hier gegenständlichen Berliner Glaserfassungsgebietes betraut ist, werde ich Ihnen hier und heute für Herrn Dr. Dühr Rede und Antwort stehen.

Zunächst möchte ich aber noch darauf hinweisen, dass die RKD im Rahmen eines Losverfahrens als Ausschreibungsführer für die Glaserfassung im Gebiet BE 104, also dieses gegenständlichen Gebiets, bestimmt wurde. Als Ausschreibungsführer für die Erfassung der Fraktion Glas vertreten wir die Gesamtheit der dualen Systeme sozusagen als Verhandlungsführer und dies eben auch gegenüber der Stadt Berlin als den hier zuständigen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger. Für wesentliche Änderungen der Abstimmungsvereinbarung – bzw. in dem hier vorliegenden Fall der Systembeschreibung Glas – müssen wir auch zwingend die Zustimmung der übrigen dualen Systeme einholen, und das ist nicht nur der Fall, wenn es um eine Kostensteigerung geht, sondern grundsätzlich für wesentliche Änderungen. Dass sich das meistens natürlich auch bei einer Kostensteigerung ausdrückt, ist dann Begleitumstand. Das war vielleicht ein bisschen missverständlich.

Als junges duales System, das erst Ende 2012 in den Markt eingetreten ist, sind wir vollständig unbelastet von den Auseinandersetzungen der Vergangenheit. Objektiv und entscheidungsoffen haben wir die Situation der Glaserfassung in Berlin im Gebiet BE 104 so, wie wir sie zum Zeitpunkt Ende 2015 vorgefunden haben, überprüft und bewertet. Bei dieser Bewer-

tung, und dies gilt für jedes andere Ausschreibungsgebiet auch, ist vor allem der vorgefundene Status quo entscheidend bzw. die Fixierung dieses Ist-Zustandes in der bestehenden Systembeschreibung bzw. Abstimmungsvereinbarung. Die Inhalte dieser Vereinbarung bzw. Festlegung sind der Ausdruck des angemessenen Interessenausgleichs zwischen dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger – also hier Berlin – auf der einen Seite und den dualen Systemen auf der anderen Seite, so, wie es auch die Verpackungsverordnung im einschlägigen § 6 Abs. 4 vorsieht. Wir sind also an das gebunden, was wir vorfinden, und wir haben auch gar keinen anderen Kenntnisstand. Das ist unser Ausgangspunkt, wenn wir diese Ausschreibung für die Glaserfassung betreuen.

Bei Änderung dieses vereinbarten und fixierten Interessenausgleiches ist der Entscheidungsspielraum des Ausschreibungsführenden sehr eng. Es gilt aber in beide Richtungen, dass, wenn eine Änderung verlangt wird, dies geschehen muss mit einer wechselseitigen Rücksichtnahme auf die jeweiligen Interessen und im ernsthaften Bemühen um einen angemessenen Interessenausgleich. Dieses ist nicht allein der Fall, wenn ein Beschluss erfolgt, der heißt: Zurückstellen! – Wir haben hier erst mal den Fakt vorgefunden: dass hier ein System für uns schon den Status quo darstellt mit dem Schwerpunkt auf dem Bringsystem. Wir haben das auch extern prüfen lassen – da wurde von uns sozusagen auch Geld investiert –, inwieweit die von Berlin vorgetragenen Argumente ausreichen, um einen Anspruch auf Änderung der Systembeschreibung bzw. der Abstimmungsvereinbarung ausreichend zu begründen.

Dies ist bisher nicht der Fall gewesen. Unsere Prüfung hat ergeben, dass allein der Beschluss dafür einfach nicht ausreicht. Für uns ist es schlichtweg unmöglich, ein System zurückzudrehen mit einer Aussage in dem Gutachten, das zu erstellen gemeinsam beschlossen wurde; es wurde bei dem Gutachterauftrag gemeinsam beschlossen zwischen den hier Beteiligten. Die Ergebnisse sind definitiv so, dass es heißt: Aus den Hoftonnen werden die Spezifikationen der Glasverwertung nicht erfüllt. – Ich kann als duales System kein Erfassungssystem unterstützen, wo ich auf der anderen Seite den verpackungsverordnungsmäßig gegebenen Auftrag des Recyclings nicht erfüllen kann.

Wir haben jetzt in dem Gebiet BE 104 eine Mischqualität erreicht, die ausreichend ist, und wir haben immer als möglichen Kompromiss angesehen, dass wir innerhalb dieser Mischqualität schon Anpassungen vornehmen könnten. Leider hat man aber bisher in Hinsicht eines Kompromisses – dass man sagt, man hat einen bestimmten Prozentsatz an guter Qualität, die auch einen gewissen Prozentsatz an schlechter Qualität aus den Hoftonnen auffangen kann – nicht wirklich daran gearbeitet. Da ist bei uns nichts vorgetragen worden. Wir würden das gerne an die anderen dualen Systeme als Vorschlag weitergeben, der dann auch eine Abstimmung, Anpassung oder Veränderung begründet. Grundlage ist aber, dass wir im Hinblick auf die Glasqualität, und da folge ich allein diesem auch von Ihnen mit beschlossenen Gutachten – – – [Zuruf] – Dass es in Auftrag gegeben worden ist, ist doch beschlossen worden von Berlin! – [Zurufe] – Gut, aber es war doch Bestandteil. – Jedenfalls können wir da nur diesen Empfehlungen folgen. Unser Entscheidungskorridor und auch der Korridor, in dem überhaupt eine Anpassung erfolgen kann, sind da recht eng.

Nochmals möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir, auch wenn jetzt die Ausschreibung so stattfindet mit der Systembeschreibung, die auf dem Status quo beruht – wobei wir da auch schon dem Entwurf entgegengekommen sind, der uns von der Stadt Berlin vorgelegt wurde: dass auch im laufenden Ausschreibungsverfahren oder im Ausschreibungszeitraum Anpassungen grundsätzlich möglich sind –, vorgeschlagen haben, dass man das Konzept für die gesamte Stadt Berlin weiter erarbeitet und auch hier Anpassungen vornehmen könnte. Das schließt nicht aus, dass wir jetzt eine Ausschreibung machen müssen, die weiterhin auf dem alten Status quo beruht, weil wir – noch einmal – keinen begründeten Anpassungsanspruch vorgefunden haben. Da sind wir wieder dabei, dass wir auch eine gemeinsame Entscheidung der dualen Systeme vorlegen müssen oder sozusagen gezwungen sind, diese gemeinsame Entscheidung einzuholen. Dann kann ich diese Empfehlung auch nicht treffen gegenüber den anderen dualen Systemen. Aber noch einmal, es bleibt: Wir sind da für Kompromisse offen, ich darf das mal so formulieren.

Mir ist jetzt in der Beschäftigung mit dem Gebiet aufgefallen, dass es auch Hoftonnen gibt, die nicht im Innenhof stehen, sondern dass es da zentral eine Vielzahl von größeren Hoftonnen gibt, also 1:1-Container, wo auch gut ein Depotcontainer mit der Dreifarberfassung stehen könnte, die ja die Qualitätssteigerung beinhaltet. Also: Es gibt schon Kompromissmöglichkeiten! Das für die nächste Zeit gutachterlich zu unterstützen oder einen entsprechenden Untersuchungsauftrag zu machen – die Möglichkeiten sind da. Aber einfach zu sagen, wir drehen das zurück, ohne Rücksicht darauf, dass wir eigentlich gar nicht mit dieser Glasqualität, die da vorherrscht – – Und diese Aussagen, die hier gekommen sind, von wegen, es gibt keine Beschwerden der Glasindustrie – also diesen Kenntnisstand haben wir nicht, und wir sind der Partner der Glasindustrie. Nur weil sich bei Ihnen niemand gemeldet hat, heißt das nicht, dass die jetzt rundum zufrieden sind mit den übrigen Gebieten.

Eines möchte ich auch einmal sagen: Mir ist hier im Zusammenhang mit den Nebenentgelten vorgetragen worden, was die Stadt Berlin alles gemacht hat, und da sind schon Maßnahmen dabei gewesen, die hoffentlich auch zu einer Änderung des Bewusstseins, auch bei der Glaserfassung, geführt haben. Das ist natürlich auch ein gemeinsamer Schritt in die Richtung.

Aber noch einmal: Für unser Gebiet, Glaserfassung BE 104, haben wir diesen Status quo so vorgefunden, und ich kann diese mit dem, was uns vorgetragen wurde, nicht zurückdrehen und diesen Anspruch finden. Das stützt auch das externe Gutachten, das wir eingeholt haben bei einem entsprechenden Fachjuristen, einer wirklich anerkannten Koryphäe. – Das ist der Stand. Aber, wie gesagt, wir sind offen auch für Gespräche innerhalb der Ausschreibungsperiode.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank erst mal für Ihre Äußerungen! – Die Herren von der BSR – wer von Ihnen möchte?

Andreas Thürmer (BSR): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung, der wir gerne gefolgt sind! Sie sehen uns ein bisschen überrascht, dass wir hier mit am Tisch sitzen, denn Sie wissen, dass wir für die Ausgestaltung des Glassystems in Berlin keine direkte Verantwortung haben. Wir waren in der Tat in dieser Arbeitsgruppe Glas dabei und auch bei der Begleitung des Glasgutachtens des letzten Jahres. Trotzdem sind wir da eher in beratender Funktion tätig gewesen und weniger mit eigener Verantwortung. Deswegen möchte ich unsere Ausführungen darauf beschränken, wo wir eigentlich die Schnittstellen sehen und wie wir sie im Moment erleben.

Zum einen ist da natürlich die Frage: Was passiert eigentlich in den anderen Behältern, wenn man die Glasbehälter abzieht an einem Standort, wo vorher welche waren? – In dem Glasgutachten, das Ihnen vorliegt, ist erwähnt, dass die BSR auch ein eigenes Gutachten gemacht hat. Wir hatten tatsächlich noch die Gelegenheit, eine Art Nullmessung zu machen, bevor die Behälter abgezogen wurden. Circa ein halbes Jahr später haben wir dann an den Standorten noch einmal dieselben Behälter neu untersucht und dabei festgestellt, dass sich der Glasanteil um circa 40 Prozent erhöht hat. Das deckt sich natürlich ein bisschen mit den Zahlen, die Sie auch zum Gesamtgebiet gehört haben. Gleichwohl man vielleicht Unschärfen hat, was die Grenzen der einzelnen Gebiete angeht, sind 19 Prozent ein Wert, der nicht so einfach wegzudiskutieren ist. Das ist schon ein Punkt, den man erlebt: Wenn man Behälter haushaltsnah abzieht, dann hat man einen gewissen Effekt auf die Restabfallbehälter. Die anderen Behälter sind weniger betroffen; wir haben uns auch mal die Wertstoff- und die Biotonne angeguckt. In der Regel ist es schon so, dass die Leute die Restabfallbehälter verwenden, wenn sie nicht bereit sind, die Depotcontainer zu nutzen. Wir hatten sogar Bilder, auf denen man sieht, dass die Leute in der Küche Glas sammeln – sie haben es in eine eigene Tüte gepackt –, und dann finden Sie die komplette Tüte im Restabfall. Ob das heute noch so ist, kann ich nicht sagen, weil wir danach die Untersuchungen nicht mehr fortgeführt haben. Es kann natürlich auch sein, dass ein gewisser Gewöhnungseffekt eintritt und die Leute irgendwann die Depotcontainer wieder nutzen. Aber diesen Effekt haben wir festgestellt, und dazu gibt es eine eigene Untersuchung, die entsprechend in dem Gutachten erwähnt ist.

Die zweite Schnittstelle, die wir sehen, ist: Nebenentgelte. Das wurde hier auch angesprochen. In der Tat, wir haben in den letzten Jahren mit den Nebenentgelten, die uns zur Verfü-

gung gestellt wurden, jede Menge Kommunikationsarbeit geleistet, und das, was wir mit der Trennstadt-Initiative kommunikativ geleistet haben, ist eine bundesweit sehr stark anerkannte Initiative. Es ist natürlich nicht so, dass man innerhalb von zwei, drei Jahren grundsätzliche Dinge ändern kann. Da braucht man einen langen Atem. Zudem kommt dazu, das wissen Sie sicher besser als ich, dass Berlin sich beständig austauscht. Wir haben das mal recherchiert: Es gibt nicht nur den Zuzug, sondern eben auch Umzug und Wegzug. Das ist eigentlich immer eine mittlere Großstadt, die man jedes Jahr an Neuberlinern begrüßen darf, und die muss ich natürlich auch kommunikativ über die Jahre weiter begleiten, damit man das Thema optimieren kann. – Wir würden das alles gerne fortsetzen, speziell auf der kommunikativen Seite, brauchen dazu aber die Nebenentgelte, die wir im Moment nicht haben. Dieser Betrag, der jetzt im Raum steht, lässt für diese ganzen Geschichten überhaupt keinen Spielraum mehr. Sie müssten sich darauf einstellen, dass wir das ganze Thema mehr oder weniger einstellen müssen, wenn man das auf dem Niveau macht, weil die Aufwendungen für die Containerumfeldreinigung, für die Bereitstellung von Kapazitäten auf Recyclinghöfen, für die Genehmigungen für Container im öffentlichen Straßenland, die ja auch Geld kosten, letztendlich schon so viel von der ganzen Geschichte aufbrauchen, dass für reine Kommunikation und andere Maßnahmen nicht sehr viel übrig bleibt.

Wir hatten in diesem Gutachten gesehen, dass man die haushaltsnahe Sammlung weiter optimieren kann. Ich will einen Punkt noch einmal aufgreifen, der auch von RKD kam: Haushaltsnahe Sammlung heißt nicht automatisch, dass man in handelsüblichen Müllgroßbehälter sammelt. Wir hatten mal Vorschläge in den Raum gestellt, dass man sehr erfolgreiche Systeme, die man sicherlich nicht überall installieren kann, wie Unterflursysteme oder Containersysteme, eben auch haushaltsnah installieren kann. Da hat man, das hat man in dem Gutachten auch gesehen, von vorneherein aufgrund des Sammelsystems eine eindeutig bessere Qualität. Auch das ist natürlich etwas, was wir in Zukunft gerne weiter vorantreiben würden, von welchem Ausgangspunkt der weiteren Glassammlung auch immer, denn damit kann man qualitativ sicherlich einiges erreichen.

Einen dritten und letzten Punkt will ich kurz ansprechen: Für unsere Tochter, die Berlin Recycling, die den Auftrag hat, die Glassammlung im Holsystem zu betreiben, wurden innerhalb des Beschlusses des Abgeordnetenhauses verschiedene Dinge gefordert, wie man das optimieren kann. Vieles davon ist mittlerweile umgesetzt, z. B. werden die Einwurföffnungen in handelsüblichen MGBs sukzessive in der Stadt installiert. Die Berlin Recycling hat die Form der Abfuhr so weit umgestellt, dass das Glas überhaupt nicht mehr gepresst wird, wenn man es holt, sondern es wird quasi ohne Pressen transportiert und hat damit eine deutlich bessere Schonung. Die Qualität wird sehr viel stärker kontrolliert als in der Vergangenheit, denn es ist in der Tat so: Wenn die Bürger die Behälter nicht so verwenden, wie sie sie verwenden sollen, dann muss man sie in Gottes Namen auch stehen lassen und sanktionieren und den Leuten sagen, dass es so nicht geht. Da waren wir vielleicht in der Vergangenheit ein bisschen zu nachsichtig. Da muss man auch den Weg gehen, zu sagen, entweder sie werden konform benutzt oder man kann sie dann eben nicht mehr stellen.

So gibt es viele Maßnahmen, die ergriffen wurden. Ich habe jetzt keinen aktuellen Überblick über die Glasqualität in Berlin, aber ich gehe davon aus, dass auch diese Maßnahmen schon dazu geführt haben, dass sich die Ausgangssituation, in der wir uns vielleicht 2012 befunden haben, deutlich verändert hat.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Ich habe jetzt eine Reihe von Wortmeldungen. Es haben sich gemeldet: Herr Buchholz, Herr Freymark, Frau Gebel und Frau Platta. – Herr Buchholz!

Daniel Buchholz (SPD): Danke sehr, Herr Vorsitzender! – Zunächst einmal vielen Dank an die Anzuhörenden für ihre Darlegungen! Man kann sich dem Thema von mehreren Seiten nähern oder verschiedene Perspektiven dazu einnehmen. Fangen wir mit dem Gutachten an. – Herr Messerschmidt! Sie haben das aktuelle Gutachten, das wir nicht kennen. Da wäre die Frage, ob Sie uns das zur Verfügung stellen können oder ob es exklusiv für Ihre Firma oder das DSD erstellt wurde. Vielleicht können Sie noch klären, ob es möglich ist, dass wir das bekommen, was Sie jetzt neu erstellt haben.

Erlauben Sie mir aber einen Rückblick auf das Cyclos-Gutachten. Da haben Sie insofern ein bisschen Pech: Wenn man sich normalerweise als Firmenvertreter ins Parlament wagt und sagt, das Gutachten ist für uns ganz eindeutig, dann wird wahrscheinlich kaum jemand widersprechen. Sie haben das Pech, dass wir das alle live miterlebt haben, über ein Jahr lang. Alle Umweltsprecher haben miterlebt, wie es tatsächlich praktisch und theoretisch erstellt wurde und welche Schlussforderungen dort verankert sind. Erlauben Sie mir – ich bin Diplom-Wirtschaftsingenieur, und auch andere haben sich das sehr intensiv angeschaut – ein paar qualitative Bemerkungen zu diesem Gutachten.

Zunächst einmal: Es hat keine echte Nullmessung gegeben. Der vormalige Zustand ist nicht mit dem geänderten Zustand verglichen worden, denn der vormalige ist – Herr Thürmer hat es angesprochen –, glaube ich, ausschließlich durch die BSR oder ihre Tochterfirmen festgehalten worden, niemals von der Firma Cyclos oder vom DSD. Das ist schon ein ganz schwerer systematischer Mangel, dass ich diese Nullmessung überhaupt nicht dabei habe. Der Status quo, der vorher da war, ist nicht wirklich erfasst worden, sondern man hat ihn mehr oder weniger einfach so dazugeschrieben. Das ist dann natürlich schwierig, wenn man auf der Basis versucht, lauter qualitative Aussagen zu treffen.

Es ist eindeutig, dass die erfasste Menge an Altglas um 19 Prozent gesunken ist – allein dieses eine Kriterium! Das ist, wenn Sie das in CO₂-Äquivalente umrechnen, der Genickbruch für jede andere Diskussion und für jedes andere Argument. Das ist so, weil Sie doch damit einen so großen Umweltschaden haben – wirklich umgerechnet, wenn Sie allein das nämlich nicht erfassen – durch die Ausweichbewegung, auch das ist von der BSR dargelegt worden, in die normalen, schwarzen Restmülltonnen: dass man eben, wenn keine Glastonne mehr im Hof steht, einfach mal – und das machen nicht wenige – das Glas woanders reinschmeißt und nicht, wie Sie sagen und wie das DSD argumentiert, zum Iglu watschelt, sondern das schlichtweg in die anderen Tonnen, die im Hof stehen, reinschmeißt. Das ist ganz real, das ist nicht ausgedacht. Das hat auch das Gutachten ganz klar belegt, und dadurch sehen wir – da kann man nicht sagen, das hat nie stattgefunden – eine Qualitätsminderung bei allen anderen Fraktionen. Die müsste man auch einmal betrachten, nicht nur, weil die Altglassammlung schon an der Ladenkasse bezahlt wurde.

Dann kommt noch dazu, dass die Stichprobe zu klein war, dass der Zugang zur Sammelstelle anfangs zufällig war. – Ein paar qualitative Bemerkungen zu dem Cyclos-Gutachten. Wir haben das selbst erlebt, wir haben es teilweise selbst begleitet, es ist uns bei den diversen Sitzungen dargelegt worden: Es wurden teilweise händisch Störstoffe entfernt, und es wurde

nicht wirklich quantifiziert, wo es stattgefunden hat und wo nicht. Das ist ein qualitatives Manko für die ganze Erhebung! – Es gab starke statistische Schwankungen. Die versprochenen Stopp-Aufkleber, die eigentlich ab Anfang 2014 hätten da sein sollen, waren nicht überall vorhanden. Auch das ein Manko, etwas, das nicht funktioniert hat. – Tonnen wurden nicht mit kleinen Einwürfen versehen, sind erst recht nicht verschließbar. Ich glaube, die Umstellung werden wir alle kaum noch erleben, die geht nur ganz langsam vonstatten. Die Eingewöhnungszeit, Sammelvolumina, Leerungsfrequenzen – viele, viele Dinge, die falsch waren!

Es stehen sogar falsche Schlussfolgerungen im Gutachten; ich will eine herausnehmen, sie ist auf S. 58 des Gutachtens zu finden. Sie haben eben zitiert, dass die Iglu-Sammlung immer qualitativ besser sei als die Haus- und Hoftonnen. Das ist nicht mit diesem Gutachten belegbar, Herr Messerschmidt! Schauen Sie einmal auf die Seite 58! Dort ist eine falsche Zusammenfassung. Es wird nämlich behauptet:

Die qualitative Zusammensetzung des Grün- und Braunglases in Depotcontainern und Unterflursystemen war unter Berücksichtigung der Mengenrelevanz deutlich besser als bei der haushaltsnahen Buntglaserfassung ...

Das ist nicht richtig! Wenn man sich die Braunglasfraktion anschaut – wir haben uns das damals anhand der Originalzahlen des Gutachtens, und zwar bevor die Zusammenfassung geschrieben wurde, ganz genau angeschaut: Da war es nicht so, dass Sie das für alle Farben sagen konnten – im Gegenteil! Gerade beim Braunglas hat sich beim Iglu gezeigt: 56 Prozent Fehlfarbbanteil! Da kann man nicht von einer qualitativen Verbesserung sprechen. Das Gutachten, das dort erstellt wurde, ist also insgesamt nicht geeignet, um zu behaupten, wir hätten in Berlin generell ein ganz schlechtes Hol- und Bringsystem, sprich, wir hätten Haus- und Hoftonnen, die ganz schlecht wären, und die Iglus wären immer ganz toll. Das ist weder qualitativ noch quantitativ haltbar mit diesem Gutachten – erste wichtige Feststellung!

Zweite wichtige Feststellung und zweite Perspektive auf das Geschehen – das Politische. Wir haben uns nicht umsonst – Herr Gaebler hat es dargelegt – als Parlament so intensiv mit dem Thema befasst, auch wenn wir eigentlich andere Themen hätten machen können, aber wir haben es gemacht und uns das wirklich vor Ort alle miteinander engagiert angeschaut: Wie entsteht das alles? Was steht dahinter? Was passiert mit dem Glas? Wie oft wird es umgeschüttet? Wie klein werden die Scherben? Was kann man dann damit noch anfangen? – Sie können doch eines wirklich nicht ausräumen, weder Sie noch Herr Schneider, und ich bitte Sie, mir den großen Widerspruch noch mal zu erklären, den wir jetzt alle sehen: In neun Berliner Bezirken haben wir die umfassende Haus- und Hofsammlung, und in drei Bezirken haben wir deutlich weniger Haus- und Hoftonnen und dafür viel mehr Iglus. Sie sagen, dieses exklusive System in drei Berliner Bezirken ist das bessere für Sie. Wieso haben Sie dann nicht in irgendeiner Weise versucht, diesen Widerspruch aufzulösen? Ich verstehe das nicht. Es läuft jetzt und lief gerade eine Ausschreibung für drei West-Bezirke, da konnte das DSD gut damit leben, dass die Haus- und Hoftonnen bleiben. Offensichtlich sind sie qualitativ nicht so schlecht, wie hier behauptet wird. Aber bei den drei Ostberliner Bezirken können Sie das alte, bewährte System mit den Haus- und Hoftonnen nicht wieder einführen. Das passt doch vorne und hinten nicht! Es tut mir leid, ich begreife es nicht. Können Sie es mir erklären? – Ja? Dann bitte ich darum!

Die dritte Dimension, dann komme ich auch zum Schluss, ist der finanzielle Aspekt, und zwar der Millionenschaden, der sich hier für die Stadt zeigt. Es geht nämlich um mehrere Dimensionen. Erstens: Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben die Altglassammlung und -verwertung schon an der Ladentheke bezahlt. Das ist das eine, aber es kommt noch ein anderer Millionenschaden hinzu. Wie wir heute lernen müssen: Sie als duale Systeme, Herr Schneider, sind nicht mehr bereit, wie vorher 1,79 Euro pro Einwohner und Jahr in Berlin zu bezahlen, sondern 52 Cent, wie Sie sagen. Das ist tatsächlich weniger als ein Drittel. Das heißt, dass die Reinigung um die Iglus demnächst eingestellt werden soll in Berlin und auch jegliche von Ihnen zu verantwortende und mit diesen Nebenentgelten zu zahlende Kampagne zur Reduzierung von Altstoffen, um eine ökologischere Abfallsammlung in Berlin zu erreichen. Das sollen wir alles einstellen? Das ist noch mal ein Millionenschaden für die Stadt, und da kann ich für die SPD-Fraktion nur noch einmal sagen: Wir werden das nicht akzeptieren, und ich vermute – ich bin jetzt nicht so gespannt –, dass das auch bei den anderen Fraktionen sehr klar sein wird. Bitte nehmen Sie das als Signal mit! Es kann nicht sein, dass Sie solche großen Widersprüche aufbauen: dass Sie in neun Bezirken mit einem anderen System leben können, aber in diesen drei Ostberliner Bezirken nicht. Das ist schlichtweg nicht nachvollziehbar.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Herr Freymark!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Danke auch an den Kollegen für die sehr detaillierte Darstellung der letzten anderthalb, zwei Jahre, in denen wir bei Runden Tischen zugegen waren. Es war nicht einer, es waren nicht zwei, es waren fünf oder sechs. Im Übrigen: Bei jeder einzelnen Runde wurde über die Interpretation der einzelnen Ergebnisse diskutiert, und wir kamen immer zu unterschiedlichen Ergebnissen. Das setzt sich bis heute fort. – Bei aller Sympathie, Herr Schneider, ich bin schon ein bisschen enttäuscht. Wir hatten zweieinhalb Jahre Zeit, die von Ihnen gewünscht und von Herrn Messerschmidt unterstützten Kompromisse zu finden. Ich glaube, dass Sie sich auf diese Reise eigentlich nie ehrlich begeben haben, sondern Sie haben ein Pilotprojekt gestartet bekommen, zu meinem Unmut zugegebenermaßen. Ein Pilotprojekt ist für mich in dem Moment beendet, wo man feststellt, dass beide Seiten nicht zufrieden sind. – Und beide Seiten sind nicht zufrieden! Aber dann sage ich nicht, ich setze dieses Pilotprojekt fort, sondern dann kehre ich zu dem zurück, was ursprünglich vereinbart war und was in neun anderen Bezirken handelsüblich ist.

Deswegen spreche ich ganz offen für die CDU-Fraktion: Wir sind sehr irritiert und verwundert, dass Sie – so wie ich das hier anscheinend heraushöre – zum 1. Januar 2017 nicht wieder das ursprüngliche System einführen wollen, denn das war die Erwartungshaltung des Parlamentes, das ist die Erwartungshaltung der Bevölkerung in den drei genannten Bezirken, und das ist die Erwartungshaltung, die wir Ihnen heute mit auf den Weg geben, denn Sie haben um Vertrauen geworben und Sie sind für Kompromisse offen – aber nicht in dieser Stilart und nicht über die Hintertür. So wird es mit uns nicht funktionieren. Das haben Sie auch schon mitbekommen: Kein Parlament würde sich so detailliert mit dieser Thematik beschäftigen. Wir haben es getan. Wir mussten es auch tun, weil Sie uns dazu gezwungen haben. Ich bitte Sie wirklich inständig, zu überprüfen, ob Sie das letzte Restvertrauen, das Sie in dieser Stadt noch haben, damit verspielen wollen, dass Sie heute bei dieser Position bleiben, oder ob Sie eine Lösung finden, die für alle Beteiligten angemessen ist.

Zwei konkrete Fragen habe ich natürlich auch: Ich möchte gerne von Herrn Gaebler wissen, wie er die Situation unter den aktuellen Gegebenheiten bewertet. Sie haben schon einiges gesagt, auch sehr direkt und klar in Ihrer Positionierung – trotzdem: Welche Perspektive kann ich mit nach Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf nehmen, wenn wir das hören, was wir gehört haben?

Die zweite Frage richtet sich natürlich an das Duale System: Herr Schneider und Herr Messerschmidt! Welche Kompromisswege glauben Sie denn einschlagen zu können, und warum sind die in den letzten zweieinhalb Jahren schlichtweg verborgen geblieben?

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Herr Freymark! – Frau Gebel!

Silke Gebel (GRÜNE): Vielen Dank! – Wie schon im Raum steht, haben wir uns in der Vergangenheit sehr häufig und sehr intensiv mit dem doch etwas nischenartigen Thema der Glaserfassung in Berlin beschäftigt. Das würde ich mir, ehrlich gesagt, bei anderen Themen auch wünschen. Das vielleicht kurz vorweg.

Wir kennen dieses Gutachten sehr gut, dazu hat Herr Buchholz schon einiges gesagt. Ich bin, ehrlich gesagt, aus diesem Runden Tisch damals mit dem Gefühl – oder mit dem vermeintlichen Wissen offensichtlich – herausgegangen, dass sich das Duale System mit den Wohnungsgesellschaften, vielleicht auch mit der BSR usw. zusammensetzt und überlegt, wie man die Optimierung der Sammelmenge hinbekommt. Da gab es diese Vorschläge, die jetzt von Ihnen noch einmal genannt wurden, nämlich zu überlegen: Ich habe hier Großsiedlungen, und vielleicht kann ich igluartige Container an die Großsiedlungen setzen, sodass ich quasi ein Holsystem habe, das aber de facto ein Depotcontainersystem ist. – Dass man in diese Richtung weiterdenkt und sich das noch einmal kleinteilig überlegt, war mein Fazit aus diesem Runden Tisch. Damit bin ich rausgegangen und habe gedacht: Das ist ein Kompromiss, auf den man sich irgendwie einlassen kann, und da ist tatsächlich Spielraum gegeben.

Jetzt bin ich ein bisschen irritiert. Vielleicht können Sie einfach noch mal die Fakten auf den Tisch legen: Was schreiben Sie jetzt aus und wann? In welchem Stadium des Verfahrens sind wir gerade? – Und, das habe ich schon beim Runden Tisch angemerkt, wenn wir ehrlich darüber sprechen wollen, ob wir einen Kompromiss finden, dann gehört das auch dazu: Was kosten eigentlich diese unterschiedlichen Varianten? Was kostet die Variante, die Sie jetzt aus-schreiben? Was bekommt das Unternehmen, das das einsammelt, was bekommen die Mitarbeiter? Welche Summen setzen Sie da ein? Und was kostet die Variante, die das Abgeordnetenhaus vorschlägt? – Wir haben uns damals bei unserem Beschluss überlegt: Wir haben die Systemvereinbarung und darauf geht die zurück – ich zitiere § 6 Glasrecycling:

... um eine hochwertige stoffliche Verwertung des Berliner Altglases sicherzustellen und um die Sammelmengen zu erhöhen ...

Dazu haben wir uns Gedanken gemacht und uns überlegt: Wie kann man das machen? – Mit den Ergebnissen der Gutachten kam dann diese abschließbare Tonne mit dem kleinen Deckel; denn das Tolle an dem Depotcontainer ist nicht nur, dass da jemand hinläuft, sondern dass der Container ein kleines Loch hat und da nicht wie in die sehr großen Glascontainer – wie sie zum Teil in Lichtenberg stehen und üblicherweise nicht in Alt-Mitte oder in Charlottenburg – das Toilettenbecken hineinpasst. Deswegen war eine unserer Forderungen, diese hochwertige

stoffliche Verwertung zu verbessern und zu erreichen und dabei aber gleichzeitig die Menge zu bewahren, was Sie einfach nicht umgesetzt haben. Durch Ihr Gutachten wird auch belegt, dass, wenn Sie jede Hoftonne, die in Lichtenberg, Köpenick und Marzahn-Hellersdorf steht, mit einem abschließbaren Deckel und einem kleinen Loch versehen würden, die Menge gut wäre, dass die Menge stabil bleiben würde, auf dem hohen Niveau, auf dem wir sind. Das müsste ja eigentlich in Ihrem Interesse sein. Aber vielleicht ist es teurer, wenn Sie drei Leute auf dem Auto bezahlen müssen, als einen, der die Depotcontainer einsammelt. Deswegen würde ich gerne heute im Ausschuss auch darüber sprechen, ob das vielleicht Ihr Beweggrund dafür ist, dass Sie den Hunderttausend Ostberlinern die Hoftonnen abziehen.

Wo wir hier zwei Justiziere als Anzuhörende haben, stelle ich mir die Frage: Was kann das Land Berlin nun rechtlich machen – außer einer politischen Willenserklärung des Ausschusses? – Da muss man tatsächlich die Systemfrage stellen. Es ist ein Problem, dass das Duale System in so einem Raum schwebt, wo man als Kommune natürlich auch Schwierigkeiten hat. Allerdings steht in der Verpackungsverordnung, die die Grundlage des Ganzen ist, in § 6 Abs. 3, dass die Abholung der restentleerten Verkaufsverpackungen „beim privaten Endverbraucher“ – daraus lese ich: Holsystem – „oder in dessen Nähe in ausreichender Weise zu gewährleisten“ ist. Da wäre jetzt die Frage: Ist das durch die Depotcontainer gewährleistet, oder muss das eigentlich durch das Holsystem gemacht werden? Wenn man sich die Mengen anschaut, die zurückgegangen sind, würde ich eher sagen: Holsystem! Wenn ich mir anschau, was mit dem Tonnenabzug passiert ist, würde ich sagen, die Verpackungsverordnung ist eigentlich nicht erfüllt. Sie müssen tatsächlich das Abholen gewährleisten, und da würde ich jetzt das Holsystem herauslesen. Wir haben aber zwei Juristen hier, die vielleicht auch noch eine Einschätzung geben können, wie sich das Land Berlin auf anderem Wege wehren kann.

Zu den Nebenentgelten – vielleicht können Sie da auch noch Licht ins Dunkel bringen. Herr Buchholz hat die 1,79 Euro angesprochen, die jetzt auf 0,52 Euro pro Jahr reduziert werden sollen. Können Sie da noch etwas zum Hintergrund sagen? Das hat auch etwas mit der Glassammlung zu tun, weil es da auch um die Depotcontainer geht. Vielleicht können Sie es ins Verhältnis zu anderen Bundesländern, anderen Kommunen setzen und noch mal den Beweggrund nennen. Vielleicht hat das auch etwas mit der generellen finanziellen Situation der dualen Systeme zu tun, dass Sie jetzt überall kürzen, der Rotstrich durch Berlin rutscht und wir jetzt die Leidtragenden des Gesamtsystems sind?

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Frau Platta!

Marion Platta (LINKE): Erstens freut es mich, dass wir als Abgeordnete die Sache immer noch einhellig angehen und entsprechend nachfragen. Ich habe auch noch einige Fragen in Ergänzung: Auf der einen Seite ist noch einmal das Cyclos-Gutachten angesprochen worden, das heben Sie jetzt besonders hervor. Die Kritik von Herrn Buchholz haben Sie schon gehört, Sie können auch meine noch mitnehmen. Wenn Sie auf die Seite 140 unserer Drucksache schauen – es ist die Mitteilung zur Kenntnisnahme, 17/2359 –, sehen Sie, wie sich die Mengen entwickeln: keine einheitlichen Mengen, also durchgängig so, dass man nicht einheitlich sammeln sollte, sondern nach Bedarf, wenn man etwas optimieren möchte. Auf der anderen Seite die Empfehlung der Gutachter: Die Behälter sollen einen festen Abholrhythmus haben, also zwei- oder dreiwöchentlich. – Das widerspricht sich inhaltlich komplett. Wenn über die Jahre Mengenschwankungen da sind – etliche Tonnen, 150 Tonnen, schätze ich, sind das

schon von Februar bis in die Sommermonate hinein, 150 Tonnen in der Menge in einer Glasart! –, ist ein einheitlicher und fester Abholrhythmus total unsinnig; das würde kein normaler Mensch so empfehlen. Ähnliche Dinge hat Herr Buchholz schon angesprochen. Die Qualität und die Schlussfolgerungen aus dieser wie auch immer gearteten Untersuchung im Jahr 2014 sollte man sich noch einmal genauer anschauen.

Wenn ich jetzt richtig zugehört habe, Herr Schneider, dann haben Sie sich jetzt noch mal darauf konzentriert, dass wir an die Neukonzeption der Erfassungslogistik von Verkaufsverpackungen aus Altglas in der Bundeshauptstadt zurückdenken sollen. Das war ein Gutachten, das uns in dem letzten, also dem vierten Runden Tisch dargelegt worden ist. Wenn meine Kollegen sich daran erinnern – das ist am 13. April 2015 gewesen, genau vor einem Jahr. Wir sind im Grunde genommen – wenn ich Ihren Ausführungen hier so gefolgt bin wie damals, nämlich aufmerksam – an derselben Stelle wie genau zu diesem Zeitpunkt.

Ich habe jetzt nicht erkennen können, was Sie in diesem einen Jahr unternommen haben. Gab es Gespräche mit Wohnungsunternehmen, möglicherweise zur Einrichtung von Plätzen auf ihren privaten Flächen mit Depotcontainern, Unterflurcontainern oder ähnlichen Containern, die aus Ihrer Sicht die Qualität erfüllen könnten? – Dass wir das insgesamt anzweifeln, dass wir das auch mit Tonnen für möglich halten, haben Sie schon vernommen. – Gab es diese Absprachen?

Mich interessiert auch: Es gab einen Brief einer Genossenschaft an die Senatsverwaltung, die sich sozusagen verabschiedet hat von dem Dualen System, indem sie selbst Entsorger beauftragt hat, Glas an ihren Standorten zu sammeln, dafür allerdings auch Kosten hatte, die sie auf die Mieterinnen und Mieter ihrer Genossenschaft umlegen müsste. Was ist daraus geworden, was ist aus der Beschwerde geworden? War es möglich, einen Kompromiss zu finden und diese Kosten zu übernehmen als Ersatz für die nicht mehr erbrachten Leistungen des Dualen Systems?

Herr Messerschmidt! Sie haben einen Interessenausgleich angesprochen. In welcher Hinsicht ist denn ein Interessenausgleich für die Berlinerinnen und Berliner angedacht, die letztendlich doch viel, viel weitere Wege zu absolvieren haben? – Im Übrigen danke ich Ihnen, Herr Schneider, dass Sie an unsere stundenlange Begehung im Gebiet Fennpfuhl angeknüpft haben! Dort konnte man sehen, dass es innerhalb des Fennpfuhls Bereiche gibt, wo man mehr als 300 Meter – wie angedacht – an Fußwegen zu absolvieren hätte oder man zum jetzigen Zeitpunkt hat, was nicht hätte passieren dürfen nach dieser sogenannten Umstellung des Gebietes. – Wie waren also Ihre Absprachen mit den Wohnungsunternehmen, die mich und sicherlich auch meine Kollegen immer wieder fragen: Wann kommen denn unsere Tonnen zurück in die Nähe der Wohnungen und damit wohnungsnah? Wenn es nicht die Tonnen sind, dann die Depotcontainer oder was auch immer.

Zu den Nebentgelten und der Reduzierung ist schon einiges gesagt worden. Mich interessiert noch, gerade weil die BSR anwesend ist, inwieweit diese Nebentgelte jetzt in die einzelnen Spaten Reinigung oder Beratung der Bürgerinnen und Bürger eingeflossen sind. Welcher Anteil der bisherigen Leistungen, die mit 1,79 Euro möglich waren, ist jetzt nicht mehr möglich?

Die andere Frage noch ans Duale System oder den neuen Systemausschreiber: Es war in den Beratungen, die wir in Lichtenberg mit den Wohnungsunternehmen geführt haben, auch die Möglichkeit von Reinigungsleistungen auf privaten Flächen angedacht, ähnlich wie es im öffentlichen Straßenland jetzt möglich ist, um die Depotcontainer auch den Wohnungsunternehmen zur Verfügung zu stellen. Was ist aus dieser Idee oder diesem Vorschlag geworden? – So weit zum Anfang!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Prieß!

Wolfram Prieß (PIRATEN): Von mir nur ein kurzes Statement: Die Reduzierung der Sammelmenge, die in der Zusammenfassung, die wir bekommen haben, zu erkennen ist, geht nach meiner Auffassung – bei Vernachlässigung der statistischen Schwankung, die natürlich auch zu erkennen ist – vor allem zu Lasten des Bereiches, in dem die Umstellung stattgefunden hat, also des Sammelgebietes 104. Damit ist für mich ganz klar, dass sich die Umstellung des

Sammelsystems negativ auf die Sammelmenge ausgewirkt hat. Das ist, glaube ich, trotz der Statistik belegbar.

Zweitens die Frage: Aus der vorherigen Anhörung, die wir zu dem Thema hatten, hatte ich mitgenommen, dass es ein großes Problem bei diesem Sammelsystem ist, wenn die Tonnen mit Pressmüllfahrzeugen abgeholt werden und dadurch eine sehr große Verschlechterung der Sammelqualität bedingt ist. Das ist natürlich ein technisches Problem, aber mir widerstrebt es, zu akzeptieren, dass man für so ein technisches Problem jetzt die Sammelsysteme umstellen muss, nur weil man bei den anderen Sammelsystemen andere Fahrzeuge einsetzen kann. Inwieweit ist denn geprüft worden, ob man vielleicht dieses Sammelsystem so umstellen kann, dass die Qualität dann doch besser ist, wenn das Hauptproblem eigentlich nicht die Aufstellung der Container, sondern das Zusammenschütten der Glasscherben ist? – Das wäre eine Frage, die ich gerne beantwortet haben würde. Danke schön!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Wir fangen wieder in der alten Reihenfolge an. – Herr Schneider! Möchten Sie als Erster? Sie sind am häufigsten angesprochen worden, gefolgt von Herrn Messerschmidt. Dann im Nachgang vielleicht die Herren von der BSR, falls Fragen an Sie gerichtet worden sind. – Herr Schneider, Sie haben das Wort!

Bernd Schneider (DSD): Vielen Dank! – Herr Buchholz! Das Cyclos-Gutachten gefällt Ihnen nicht. Da frage ich mich, warum Sie die Gutachter heute nicht eingeladen haben. Es gibt niemanden in der Stadt, der zum Thema Glas eine tiefere Einsicht gewonnen hat als die Damen von Cyclos. Fairerweise hätte ich erwartet, dass sie am Tisch sitzen, wenn Sie deren Gutachten kritisieren. Ich kann all das, was Sie sagen, nicht nachvollziehen. Der Auftrag war mit der Senatsverwaltung so gestrickt, so ausgeschrieben und an Cyclos vergeben. Dass keine Nullmessung vorhanden war – das war nicht Bestandteil deren Auftrag –, dafür kann Cyclos nichts. Dass die Stopp-Aufkleber fehlen, dafür kann Cyclos auch nichts. Das war eine Nachlässigkeit unseres Entsorgungsvertragspartners, die anlässlich der Untersuchung aufgefliegen ist. Das haben wir dann zügig abgestellt. – Ich finde es unglücklich, dass Sie über ein Gutachten wettern, wenn die Gutachter nicht am Tisch sind. Das finde ich keinen guten Stil. Ich würde erwarten, dass Sie das, was Sie zu sagen haben, den Gutachtern und uns schriftlich zusammenfassen, damit sie auch Gelegenheit haben, etwas zu sagen. Die haben sich bei allem, was sie geschrieben haben, etwas gedacht. Ich fände das wirklich den besseren Weg.

Die spannende Frage, warum wir in neun Bezirken etwas anderes machen als in Berlin 104, ist ganz einfach zu beantworten: Wir möchten nicht eigenmächtig irgendetwas in dieser Stadt machen. Wir möchten gemeinsam mit Ihnen eine Neukonzeption für die gesamte Stadt erarbeiten und nicht punktuell irgendetwas alleine machen. Da meckern Sie dann zu Recht, wenn Ihnen das nicht gefällt. Wir warten immer noch darauf, dass § 6 der Abstimmungsvereinbarung mit Leben gefüllt wird, dass wir uns zusammensetzen. Einen ersten guten Ansatz hatten wir mit dem INFA-Konzept vorgelegt – dass wir die Stadt insgesamt umstellen und nicht wieder mit irgendwelchem Flickwerk anfangen.

Ein „Millionenschaden“ für die Stadt, da muss ich ein bisschen schmunzeln – das sehe ich nicht so. Wenn Sie sich die Verpackungsverordnung anschauen, ist die Pflicht, die Standplätze bereitzustellen, zu unterhalten, betriebsfähig zu halten, zu streuen, sie zu versichern, eine Aufgabe, die Ihnen der Bundesverordnungsgeber auferlegt hat. Die dualen Systeme müssen sich nur an Ihren Kosten beteiligen, wir müssen das nicht bezahlen. Das ist eine völlige Fehl-

vorstellung, dass die dualen Systeme alles, was Sie hier tun, bezahlen müssten. Da steht auch nicht, wir teilen es uns. Das ist nicht fifty-fifty. Wir müssen uns beteiligen, das ist irgendetwas zwischen 0 und 50 Prozent, meinetwegen 20, 30, 35 Prozent. Das ist die richtige Perspektive, um auf die Kosten zu schauen. Sie haben keinen Millionenschaden. Das ist zum Großteil Ihre eigene Arbeit, die Sie machen und natürlich auch selbst bezahlen müssen. Dass die Reinigung eingestellt werden muss, halte ich für Unfug. Bei einem Nebenentgelt von 52 Cent kommen immer noch 1,8 Millionen Euro zusammen, da wäre sogar ohne Beteiligung der alte Betrag voll abgedeckt. Die Sondernutzungsgebühren betragen 348 000 Euro, die können dafür bezahlt werden. Der Rest steht dann immer noch für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Millionenschäden sehe ich hier bei Weitem nicht. – [Daniel Buchholz (SPD): Bis jetzt waren es 6 Millionen Euro!] – Na, jetzt bin ich dran!

Herr Freymark! Dass Sie enttäuscht sind, enttäuscht mich ebenfalls. Ich habe mich gefreut, dass Sie – und wirklich alle, die in den Runden dabei waren – sich bemüht haben. Sie haben mit mir auf den staubigen Glasplätzen gestanden – meinen Respekt dafür! Das fand ich den richtigen Ansatz, ich denke, der hat uns allen geholfen, zu verstehen, was mit Glas geschieht und dass wir etwas ändern müssen. – Diese Einschätzung, Herr Buchholz, dass alles am besten sei, wie es früher war, teile ich nicht. Das hat die Glasindustrie in der Arbeitsgruppe anders dargelegt. Damals ist die Senatsverwaltung uns gefolgt, deswegen wurde BE 104 erst umgestellt. Alles nur zurückdrehen zu wollen, das halten wir nach wie vor für den falschen Weg.

BE 104 – „durch die Hintertür“: Das ist falsch! Die Arbeitsgruppe war auch mit Senatsvertretern bestückt. Wenn die Ihnen nichts sagen, ist das nicht unser Problem. Wenn die Kommunikation zwischen Exekutive und Legislative nicht so funktioniert, wie sie sollte, dann müssen Sie dort nachfragen, nicht bei uns. Das war nichts Geheimes, das war ein ganz normales Prozedere. – Erst mal so viel dazu!

Von den Grünen kam die Frage: Was schreiben Sie aus, wann schreiben Sie aus? – Wir schreiben im Moment – die Ausschreibung ist schon gestartet – das alte System in Berlin 101 aus, und Sie fragen warum. Wir machen das, weil in der Senatsverwaltung keinerlei Bereitschaft besteht, etwas zu ändern, etwas anders zu machen, als es bisher war. Von der Senatsverwaltung hören wir nur, es muss sich alles zurückdrehen, es darf sich am Verhältnis zwischen MGB-System und dem Bringsystem nichts ändern. Da sind Prozente in der Systembeschreibung angegeben. Das ist auch der Grund, warum wir die DCs an den Großwohnanlagen nicht aufstellen dürfen. Das ist Bringsystem, und dann verschieben sich die Prozente, und dann gibt die Senatsverwaltung nicht ihr Plazet. Wir haben hier nur Blockadehaltung verspürt. Hier sollte nicht nach vorne gegangen werden, hier wurde auch nicht teilweise nach vorne gegangen. Es hätte auch nicht viel Sinn gemacht. Ich kann mich nur wiederholen: Wir brauchen eine Neukonzeption für die gesamte Stadt und kein Flickwerk irgendwo an einzelnen Stellen.

Was haben wir als Kompromiss vor, was hatten wir uns da vorgestellt? - Kompromissvorschläge gab es viele, nicht alle machen Sinn. Wir hatten auch einen Lernprozess, das war auch für uns ein wertvoller Prozess, den wir gestartet haben in Berlin. Das Beste, was wir Ihnen anbieten konnten, war der Entwurf von INFA, weil er insgesamt die Probleme in der Stadt aufgreift und die gesamte Stadt einer neuen Lösung für die Glassammlung zuführt. Wir haben Gebiete, da fahren die Leute 3,7 Kilometer zum nächsten Depotcontainer. Die wären froh,

wenn es nur 300 Meter wären. – Sie blenden immer große Teile der Glaserfassung aus. Sie betreiben immer Bestandsschutz, vergessen aber einen Großteil des Rests der Bevölkerung. An den müssen wir auch einmal denken, und das geht eben nur mit einem Neukonzept.

Frau Platta! Zum Cyclos-Gutachten: Sehen Sie es mir nach, ob sich das widerspricht oder nicht, ich fände es fair, wenn Sie das schriftlich zusammenfassen, Cyclos und uns schicken, und dann können wir die Antwort gemeinsam auswerten. Dazu kann ich hier nichts sagen. – Das INFA-Gutachten liegt erst seit einem Jahr vor. Was wurde gemacht? – Es wurde nichts gemacht. Das INFA-Gutachten wurde von der Senatsverwaltung abgelehnt, es durfte nicht umgesetzt, auch nicht weiterverfolgt werden. Die BSR hat sich auf den Standpunkt zurückgezogen, dass sie das nur begleitet, aber keine Zuständigkeit hat. INFA sollte seitens der Senatsverwaltung nicht weiter beleuchtet werden, deswegen ist da auch nichts weiter geschehen. Wir warten immer noch, dass hier – – – [Marion Platta (LINKE): Und warum pochen Sie weiter darauf?] – Weil wir das insgesamt für den richtigen Weg halten. Wir wollen ins Gespräch kommen, wir wollen vorwärts kommen, aber mit einer Neukonzeption.

Die Reinigungsleistung an Wohnungsgesellschaften zu zahlen – das gehört auch zu dem Gesamtkonzept. Wenn das Gesamtkonzept nicht weiter verfolgt wird, dann bleiben auch solche einzelnen Ideen liegen, die am Ende das Gesamtkonzept ausmachen. Ich kann nur noch mal dafür werben: Lassen Sie uns endlich einsteigen in eine vernünftige Neukonzeption, weil dann die ganzen guten Ideen – und die eine kam auch direkt von Ihnen – insgesamt umgesetzt werden. Für den Weg sind wir immer offen.

Der alte Satz „Wir müssen teilweise mehr als 300 Meter laufen“ – das ist richtig, auch im Fennpfuhl. Ich hatte es letztes Mal schon erläutert, es ist kein Fixum, dass man nur 300 Meter laufen kann. Das war der Start. Wir haben Kreise von 300 Metern um die Depotcontainerstandplätze gezogen, und dann kam der zweite Schritt. Dann standen die Spezialisten der BR und von Karl Meyer am Tisch vor einer Riesenkarte und haben aus Kreisen – wir betreiben ja keine Geometrie, sondern Abfallwirtschaft – Polygone gemacht. Die haben Abfuhrgebiete zusammengestellt, die Sinn machen. Da passiert es, dass es mal noch kürzer wird, aber es passiert auch, dass es mal 400 Meter werden. Das ist eine ganz simple Erklärung, die aber schon so angelegt war. Es hat niemand einen Anspruch auf 300 Meter. – [Daniel Buchholz (SPD): Das entspricht aber nicht der Vereinbarung!] – Doch! Sie müssen Sie nur genau lesen, Herr Buchholz!

Von den Piraten kam völlig zu Recht die Frage zu den Pressmüllwagen. Das ist eine Frage, die wir uns aber auch schon sehr früh gestellt haben. Die DASS – Die Andere Systementsorgungs-Gesellschaft mbH –, die früher in der Stadt unterwegs war, hat damals mit der GGA, das war das Glasvermarktungsunternehmen der Glasindustrie, bei den Herstellern verschiedene Aufbauten geordert. Man hat Versuche gemacht – über Kopf, mit Rutschen, mit Seitenladern. Diese Versuche haben viel Geld gekostet. Sie sind alle eingestellt worden, weil sie keine Verbesserung der Qualität erbrachten. Wenn man in ein Pressmüllfahrzeug etwas hineinkippt, ob von oben oder von der Seite, es wird immer gebrochen. Beim Schiebeprozess wird immer zerkleinert, vor allem auch KSP, die Schlechtstoffe, die in der Glasschmelze stören, weil sie einen höheren Schmelzpunkt haben. Das wird so weit zerkleinert, dass die Detektoren bei den Aufbereitungsanlagen das nicht mehr erkennen können. Das rutscht dann durch, und das macht das große Berliner Problem aus. Die Sammlung im Pressmüllfahrzeug sollte die Ausnahme bleiben, nicht der Regelfall sein. In Berlin hat sich das im Lauf der letzten 15 Jahre

leider ins Gegenteil verkehrt, und das macht uns auch die Probleme. Es ist an der Zeit, das zu erkennen und umzustellen. – Ich kann Sie noch einmal dazu einladen, uns auf dem INFA-Weg weiter zu begleiten. Ich halte das für den richtigen Weg.

Ich hoffe, ich habe Herrn Messerschmidt nicht zu viel vorweggenommen, aber ich würde jetzt gerne weitergeben.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Messerschmidt, bitte!

Mark Messerschmidt (RKD): Ich denke, ein Großteil der Fragen, die Sie vor allen Dingen an Herrn Schneider gerichtet hatten, ist damit beantwortet. Ich möchte trotzdem noch auf einiges eingehen, z. B. auf die Frage, warum ein Kompromiss erst jetzt und nicht vorher angezeigt wurde. In diesem Zusammenhang kommt hier immer wieder der Begriff „das bewährte Holsystem“. Für uns als sozusagen objektiv von außen Dazutretende ist das keinesfalls ein bewährtes Holsystem, sondern das bundesweit wirklich einheitlich installierte Bringsystem mit Depotcontainern hat sich bewährt. Als wir in dem Gebiet 104 die Situation vorgefunden haben mit diesem Status quo, den ich eben beschrieben habe – den Sie jetzt zurückdrehen wollen –, war das für uns die Umstellung auf ein bewährtes System oder die Annäherung an ein bewährtes System und nicht umgekehrt.

Gerade dieses Gutachten – Sie fragten, wo ich das herhabe: Das ist Ihre Drucksache! Und ich finde jetzt auch die Sachen wieder, die Sie genannt haben. Mit etwas anderem arbeite ich da nicht. Ich empfinde da Befremden: Sie haben es gemeinsam beauftragt – nicht beschlossen, von mir aus. Das war auch Bestandteil dieser ganzen Anpassung, und das sind die Ergebnisse, die mir vorliegen, solange ich keine Alternativgutachten habe oder wirklich gesagt wird, das gilt nicht mehr, und zwar beschließen wir gemeinsam, dass das nicht mehr gilt. Jetzt einfach ins Blaue hinein irgendwelche Aussagen zu treffen – jetzt werden die 20 Prozent oder 19 Prozent angeführt. Für uns ist es vollkommen normal, dass bei einer Systemumstellung am Anfang die Mengen zurückgehen. Dieses Gutachten finde ich auch nicht überwiegend parteiisch oder so etwas in der Art. Und: Es ist das einzige, das mir vorliegt – gemeinsam beauftragt, wobei beschlossen wurde, zumindest die Ergebnisse daraus zu beachten! Solange mir kein Alternativgutachten oder irgendeine begründbare Aussage vorliegt und nicht nur solche Aussagen, muss ich doch damit arbeiten! – [Zuruf von Daniel Buchholz (SPD)] –

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Bitte kein Dialog, Herr Buchholz! Herr Messerschmidt hat das Wort und sonst niemand. – [Zuruf von Daniel Buchholz (SPD)] –

Mark Messerschmidt (RKD): Sie sagen, es ist aus den Fingern gesogen. Noch einmal – dieser Kenntnisstand: Ich habe nur dieses Gutachten, das von Ihnen beauftragt wurde. Das Ergebnis ist eindeutig im Hinblick auf die Glasqualität. 19 Prozent Mindermenge – es heißt aber auch, dass andere Gebiete auch abgenommen haben. – [Silke Gebel (GRÜNE): Aber nicht laut Gutachten!] – Nicht in diesem Maße, natürlich, das ist doch selbstverständlich! Wir haben in den Hoftonnen einen erhöhten Fremdstoffanteil gehabt, das ist eindeutig. Ich meine, dass in diesen 19 Prozent auch der Fremdstoffanteil drin ist. Hat darüber mal jemand nachgedacht, dass das nicht 19 Prozent weniger Glasmenge heißt, sondern gut die Hälfte davon Fremdstoffanteil ist, Störstoffanteil? Ich habe versucht, mich ein bisschen zu erkundigen, wie es in Berlin zugeht, aber dass es auf der Hand liegt, dass es bei der Hoftonne, die neben dem Restmüllbehälter steht, zu einem höheren Fehlwurfanteil kommt als beim Glascontainer, wo

ich mich mal ein bisschen bewegen muss, das ist doch wohl eindeutig. – [Zuruf] – Wem muss man das erklären? – [Zuruf: Den Menschen!] – Natürlich muss man das den Menschen erklären, aber dafür haben Sie doch diese Abfallberatung gemacht, um das den Menschen zu erklären. – [Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Die kürzen Sie gerade!] – Da sind wir beim Thema Nebenentgelte! Diese Kürzung, die wir vorgenommen haben, erfolgt auf dem bundeseinheitlichen Standard. Das heißt, bundesweit kommen alle anderen Kommunen mit dem zugeordneten Geld beispielsweise für die Standortreinigung aus. – [Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Ihr selbst gemachter Standard!] – Selbstgemacht von uns? – Das ist von den Kommunalverbänden – – [Zuruf von Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm)] – Ja, ich weiß!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Gaebler! Sie sind danach dran. Das Wort hat jetzt der Kollege Messerschmidt und sonst niemand!

Mark Messerschmidt (RKD): Ich präzisiere das: Es ist der gelebte Standard. Es ist korrekt, dass es nie eine offizielle Festlegung gab, auch nicht bei den Kommunalverbänden. Er ist aber damals gemeinsam erarbeitet worden, und er wird bundesweit gelebt. Bundesweit kommen die Kommunen mit diesem Geld aus. Wenn wir in der Vergangenheit einen viel zu hohen Satz an Berlin gezahlt haben – vorhin war der Einwurf oder Vorwurf, dass jetzt vielleicht nicht mehr so viel Geld bei den dualen Systemen vorhanden ist; das steht hier nicht zur Debatte –, wenn wir Berlin an den bundeseinheitlichen Standard anpassen möchten, geht es auch um eine Art von Gerechtigkeit, denn die Produkte, mit denen das bezahlt wird, oder die Verpackungen, mit denen das bezahlt wird, von der Industrie, sind in Berlin die gleichen. Es sind keine anderen Mittel, die hier eingesammelt werden. Wir sind ein Wirtschaftsunternehmen, und natürlich haben wir Interesse an einer effektiven Erfassung der Verpackungen. Natürlich spielen die Kosten eine entscheidende Rolle und auch der Vergleich. Es liegt auf der Hand, dass ein Holsystem mit unter anderem beispielsweise 5 000 Schlüsseln, die da in der Verwendung sind, teurer ist in der Erfassung als ein Bringsystem. Das aber gleichzeitig noch mit diesem extrem schlechten Qualitätswert zu haben, den wir vorgefunden haben – bzw. den wir ja glauben müssen, weil es ja auch von Ihnen so beschlossen wurde in der Umstellung –, das kann nicht im Verhältnis stehen zu dem, was uns die Verpackungsverordnung vorgibt. Die Verpackungsverordnung gibt uns als dualem System auch die Berechtigung, auf die Effektivität zu achten. Wir müssen nicht alles mittragen.

Es war noch die Frage nach der rechtlichen Möglichkeit, die Berlin hat. Natürlich besteht die Möglichkeit, dass Berlin sozusagen auf Änderung der Abstimmung bzw. Anpassung der Systembeschreibung klagt. Andere Kommunen haben das bundesweit schon versucht, gemacht, nicht nur bei der Glaserfassung, auch bei der LVP-Erfassung. Da geht es auch um solche Grundsätze wie die Umstellung von Sammelrhythmen, also das ganz normale Prozedere, wo eine Kommune versucht, etwas zu ändern. – Gerne! Eine gerichtliche Entscheidung, die mal objektiv feststellt, was der effektive Standard wäre, würden wir begrüßen.

Noch einmal: Als wir hier angetreten sind, waren wir vollkommen unbelastet und mussten uns erst mal in diese Befindlichkeiten hineinfinden. Für uns war und ist das bewährte System das Bringsystem und nicht das Holsystem. Ich kann mir vorstellen, dass da beim Bürger am Anfang ein Aufschrei stattgefunden hat. Das glaube ich. Dass man aber auch ein bisschen Zeit geben muss und vielleicht einmal untersuchen sollte, wie das jetzt ist – findet das denn statt? – [Zuruf] – Nein! Halt! Die Abfallberatung ist ja nun bei Ihnen! – [Zuruf] –

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Den Dialog können wir vielleicht nachher führen. – Jetzt haben Sie das Wort! Sie sind mit Ihrem Beitrag durch?

Mark Messerschmidt (RKD): Ich denke, ich habe die Fragen, die übrig geblieben sind, beantwortet. – Vielleicht noch kurz zu der Nachfrage wegen der technischen Möglichkeiten: Das ist in diesem Gesamtkonzept zu sehen. Warum soll ich nicht das bundesweit bewährte System nutzen, das diese technischen Möglichkeiten sozusagen schon automatisch beinhaltet oder die gar nicht benötigt bei einer Umstellung, sondern muss jetzt ein System zurückdrehen und dann noch Anpassungen vornehmen, die nicht effektiv sind und dann noch mal Kosten erzeugen, wenn ich ein anderes System, das bundesweit Anerkennung findet und bundesweit genutzt wird, einführen könnte? Das meinte ich auch mit den Kompromissen, die am Anfang zu prüfen und durchzusetzen wären. Es muss ja keine völlige Verabschiedung des Holsystems sein, aber Kompromiss heißt halt auch, sich in Richtung Bringsystem zu bewegen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Die Herren von der BSR! Haben Sie Bedarf? Sie müssen nicht, Sie können!

Andreas Thürmer (BSR): Wir teilen uns die Antwort. Ich sage ganz kurz etwas zur Verteilung der Nebenentgelte, Sie hatten vorhin danach gefragt. Wir liefern einmal im Jahr einen Rechenschaftsbericht ab über die Verwendung der Nebenentgelte, der liegt der Verwaltung und den dualen Systemen auch vor. Ich habe das kurz überschlagen: Wenn ich zusammenrechne, was ich an Geld brauche für die Standplatzreinigung, die wir in Rechnung stellen, für die Bereitstellung von Kapazitäten auf den Recyclinghöfen und für die Bezahlung der Genehmigungen, die ich brauche – die Bezirke kriegen ja Geld dafür, wenn Fläche im öffentlichen Straßenland zur Verfügung steht, um Container aufzustellen –, dann komme ich auf rund 1,5 Millionen Euro. Wenn Sie 52 Cent mal 3,5 Millionen Einwohner hochrechnen, haben wir ungefähr 1,7 oder 1,8 Millionen. Das heißt, ich habe noch schlappe 300 000 Euro übrig, um irgendetwas anderes zu machen. Das nur als Eindruck, wie dann die Mittelverwendung wäre. Wir können es natürlich auch anders machen, indem wir die anderen Sachen weglassen. Dann darf halt keiner mehr etwas auf dem Recyclinghof abgeben, und dann werden die halt nicht mehr saubergemacht. Dann bleibt wieder mehr Geld für andere Sachen übrig.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Leinius!

Gerald Leinius (BSR): Vielleicht dazu noch zur Ergänzung: In der Tat, da hätten wir auch bisher immer die Auffassung vertreten, dass eine anteilige Beteiligung natürlich den Anteil der Kosten, die die Systeme verursachen, meint und nicht einen Anteil an den verursachten Kosten. So eine Auffassung höre ich heute zum ersten Mal!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Gaebler!

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren Abgeordneten! Vielleicht noch ein paar Punkte zu dem, was hier gesagt wurde. Ich fange mit den Nebenentgelten an, weil das gerade Thema war. Es gibt keinen bundesweiten einheitlichen Standard, vielmehr haben sich die Systeme selbst eine Matrix gebastelt, nach der sie meinen, einstufen zu können, wie viel eine Kommune bekommt. Das kann eigentlich nicht sein, dass die Systembetreiber selbst festlegen, wie viel sie zu zahlen haben.

Das ist sicherlich auch eine Schwäche der bundesweiten Rahmengesetzgebung. Hier aber einfach zu sagen, das ist ein abgestimmtes System – das stimmt nicht! Es ist den Kommunalverbänden mal zur Kenntnis gegeben worden, und das war es. Ansonsten ist das Ihre höchst-eigene Matrix. Sie sagen, wie viel Sie bezahlen wollen, und dann meinen Sie, müssen die Kommunen das so akzeptieren. Das werden wir sicherlich nicht machen. Es entspricht aus unserer Sicht auch nicht dem Abstimmungserfordernis, das sich aus dem Gesetz heraus ergibt.

Sie haben jetzt selbst noch einmal gehört, dass die 52 Cent jenseits von Gut und Böse sind. Wir haben es ausgerechnet: Wenn man alle bundesweiten Nebenentgelte zusammenrechnet und auf die Zahl der Einwohner umrechnet, kommen wir bundesweit auf ein durchschnittliches Nebenentgelt von 1,60 Euro pro Einwohner. Woher Sie dann nehmen, dass Berlin mit 1,79 Euro völlig einzigartig und viel zu hoch im Raum steht, kann ich nicht nachvollziehen. 52 Cent sind dann tatsächlich eine Unverschämtheit, das muss ich Ihnen so deutlich sagen. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen! Ich finde es auch sehr bedauerlich, dass unser Schreiben, das wir an DSD gerichtet haben, in dem wir noch mal ein Angebot gemacht haben, wie wir gemeinsam übergangsweise damit klarkommen, mit einer befristeten Fortschreibung der Nebenentgelte und dann einer genauen Untersuchung – Sie haben beim letzten Mal schon über die Nebenentgelte diskutiert. Wir haben dann gesagt, wir richten einen Beirat ein, in dem Sie mitwirken können hinsichtlich der Verwendung der Nebenentgelte – wir machen alles transparent. In diesem Beirat hat keiner der Systembetreiber mitgewirkt, drei Jahre lang nicht. Stattdessen kommen Sie jetzt wieder und sagen, das wird ja alles für falsche Sachen ausgegeben und wir wissen gar nicht, wofür es ausgegeben wird. Mit dieser Nummer, glaube ich, werden Sie auch vor Gericht nicht durchkommen.

Eines ist aber aus unserer Sicht klar: Wenn Sie die Nebenentgelte eigenmächtig absenken, verlassen Sie den Boden der Abstimmungsvereinbarung und auch die Voraussetzung der Freistellungserklärung. Das werden wir entsprechend berücksichtigen und daraus Konsequenzen ziehen. Insofern kann ich nur ernsthaft dazu auffordern, hier Angebote zu machen, wie man damit umgeht. Wir haben Ihnen eines gemacht, das bis heute nicht beantwortet ist – außer, dass Sie eigenmächtig, einseitig diese Sachen runtersetzen. Ansonsten, glaube ich, werden wir dann eben tatsächlich in Auseinandersetzung gehen. Wir werden dies sicherlich auch zum weiteren Anlass nehmen, wenn auf Bundesebene noch mal irgendwann irgendein Vorstoß kommt, um die dualen Systeme zu stabilisieren, wie es mit der siebten Änderungsverordnung der Fall gewesen ist, wo wir Sie vor dem Konkurs gerettet haben – das will ich einmal deutlich sagen – vor dem Hintergrund, dass wir gesagt haben: Na ja, bevor wir nichts anderes haben, soll das lieber erst einmal so weiterarbeiten –, immer aber unter der Voraussetzung, dass es dann auch ein gedeihliches Miteinander von Kommunen, Ländern und Systembetreibern gibt – Sie stellen hier gerade noch einmal ausdrücklich dar, dass das offensichtlich falsch war und dass wir uns das für zukünftige Sachen anders überlegen sollten. Wie gesagt, Sie haben noch Zeit, sich vielleicht noch mal zu überlegen, ob Sie zum kooperativen Verfahren zurückkehren, sowohl was die Nebenentgelte angeht als auch was das Altglas angeht.

Ich will zum Altglas kommen: Die 300 Meter sind nicht irgendwie ein Orientierungswert, sondern es steht ganz klar drin: „bis zu 300 Meter“, und überall, wo Sie mehr als 300 Meter haben, verlassen Sie die Abstimmungsvereinbarung. Das ist für uns übrigens auch ein guter Ansatz zu sagen, Sie erfüllen diese nicht. Wenn Sie das in der nächsten Abstimmung sozusagen noch festschreiben wollen, dann ist das auch eine Aussage.

Zu den rechtlichen Möglichkeiten will ich sagen, dass wir natürlich mehr Möglichkeiten sehen als einfach zu klagen, weil aus unserer Sicht die Abstimmung miteinander nicht nur ein Selbstzweck ist, sondern dabei auch etwas herauskommen muss. Wenn Sie sagen, es hat eine Abstimmung gegeben, das Land Berlin hat gesagt, dem können wir nicht zustimmen, dann schreiben wir eben so aus, wie wir es sowieso vorhatten, dann ist das keine Abstimmung. Damit ist für uns die Grundlage für das System nicht mehr gegeben. Das heißt, wir hätten auch die Maßnahme, den Widerruf aller Systeme in die Wege zu leiten für das entsprechende Vertragsgebiet. Ich glaube, dass das nicht im Sinne aller Beteiligten wäre, aber da wir nur relativ wenige Möglichkeiten haben, hier vorzugehen, wenn Sie nicht einlenken und mit uns in Verhandlungen treten, werden wir das auch prüfen und gegebenenfalls in die Wege leiten. Wenn das dann zum Kollaps des Systems führt, kann ich nur sagen: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!

Allein aufgrund der Kostensteigerung – das ist aus meiner Sicht auch falsch. Die Abstimmungsvereinbarung sieht keine zwingende Änderung der Aufteilung zwischen haushaltsnaher Sammlung und Depotsammlung vor. Die Arbeitsgruppe, von der Sie geredet haben, hat zwei Mal getagt. Es gibt ein Protokoll – es gibt keine Abschlussempfehlung, es gibt keine Vereinbarung. Insofern ist das, was Sie hier gesagt haben, falsch.

Frau Platta hatte noch bezüglich der Wohnungsbaugenossenschaft Süd-Ost gefragt, die ihr eigenes System hatte. Da sind wir leider nicht handlungsfähig, denn das muss mit den Systembetreibern beschlossen werden. Das ist ein privatwirtschaftlich organisiertes System. Wir können die Systembetreiber nicht dazu zwingen, Kosten zu übernehmen, die andere hatten, weil die Systembetreiber ihren Aufgaben nicht nachkommen.

Zur Situationsbewertung und Perspektive: Ich hoffe nach wie vor, dass sich die Systembetreiber, wie schon vor drei Jahren, noch einmal überlegen, ob sie hier tatsächlich einen Grundkonflikt mit einem Land eingehen wollen – es ist nicht nur eine Kommune, sondern ein Land, das auch im Bundesrat eine Stimme hat. Da Herr Schneider zumindest versucht hat, hier durchaus auch inhaltlich zu argumentieren – auch wenn die Untertöne teilweise nicht unbedingt einer gedeihlichen Auseinandersetzung zuträglich sind –, bin ich immer noch zuversichtlich, dass die Systeme, auch vor dem Hintergrund der heutigen Sitzung, noch einmal überlegen, ob sie so weit gehen wollen. Ansonsten denke ich: Wenn es dort tatsächlich Vorschläge gibt, wie man die Ausschreibung ändern kann im Sinne dessen, was Sie heute gesagt haben – das ist an uns bisher nie herangetragen worden –, müssten Sie das dann mal sagen. Richtig ist natürlich, dass der Senat aufgrund der Beschlusslage des Abgeordnetenhauses relativ wenig Bewegungsspielraum für Kompromisse sieht. Ich glaube aber, was Sie hier beschrieben haben – wenn ich sozusagen eine Sammlung von MGBs zu einem Depot oder einem Unterflurbehälter mache –, ist nicht das Hauptproblem. Ich gehe davon aus, dass auch die Anwesenden damit nicht so große Probleme hätten, das erscheint mir doch ein bisschen vorgeschoben an der Stelle.

Wie gesagt, es ist noch ein bisschen Zeit. In dem Moment aber, wo RKD eigenmächtig eine Ausschreibung auf den Weg bringt, die mit uns nicht abgestimmt ist, ist aus meiner Sicht der Punkt erreicht, wo die Gespräche zu Ende sind und es nur noch um Auseinandersetzung geht. – Sie haben noch ein paar Wochen Zeit. Gehen Sie auf uns zu! Dann werden wir sehen, ob wir eine Lösung finden.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Mit Blick auf die Uhr möchte ich diesen Tagesordnungspunkt schließen.

Daniel Buchholz (SPD): Aber die Fragen von Frau Gebel zu den Kosten sind nicht beantwortet worden! Auch die Widersprüche zwischen neun anderen Bezirken und drei Ostberliner Bezirken, ist nicht beantwortet worden, obwohl Sie das beide machen wollten!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Möchte noch jemand die Frage beantworten? – [Silke Gebel (GRÜNE): Ich wollte auch noch eine andere Frage stellen.] – Nein, um 14 Uhr ist diese Sitzung beendet!

Mark Messerschmidt (RKD): Nur zu den neun anderen Bezirken: Wir würden auch die gerne umstellen. – [Zurufe] – Natürlich, das war auch der Hintergrund; diese angesprochene gerichtliche Geltendmachung des Anspruchs auf Anpassung – wenn es denn funktioniert, was auch beinhalten würde, dass, wenn es nicht funktioniert, wir den Anspruch auf die Anpassung in die andere Richtung hätten – würde ich begrüßen. Noch mal: Für uns ist das Bringsystem das bewährte System, und das ist ganz objektiv. Die RKD hat keine Auseinandersetzung aus der Vergangenheit zu führen, sondern wir sind ganz objektiv. Warum soll hier nicht das funktionieren, was bundesweit funktioniert? – [Zuruf von Daniel Buchholz (SPD)] –

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Buchholz! Wir wollen jetzt keinen neuen Dialog führen. – Herr Schneider! Wollen Sie dazu noch etwas ergänzen? – Er möchte nicht. Dann möchte ich mich bei Ihnen bedanken, dass Sie so kurzfristig da waren und hier den offenen Dialog geführt haben. Es ist deutlich geworden, dass es offensichtlich noch einen gewissen Dissens gibt, um es einmal sehr vorsichtig zu formulieren. Ich hoffe, dass die Altstoffversorgung oder die Abfallentsorgung darunter in Zukunft nicht leiden. – Herr Buchholz!

Daniel Buchholz (SPD): Ich will nur sagen, dass wir den TOP 5 a) nicht für erledigt erklären lassen wollen. Wir müssen das Thema noch einmal vor Ende der Legislaturperiode aufrufen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Die Punkte 5 b), 5 c), 5 d) und 5 e) werden für erledigt erklärt. Tagesordnungspunkt 5 a) behalten wir noch offen und ist vertagt.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Piratenfraktion
Drucksache 17/1974

**Lücken im Pfandkreislauf schließen – Pfandkörbe
für die ganze Stadt!**

[0221](#)
StadtUm
Haupt

Vertagt.

Punkt 7 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke
Drucksache 17/2669
**Empfehlungen der Enquete-Kommission „Neue
Energie für Berlin“ umsetzen: Berlin als Divestment-
Hauptstadt – für ökologisch nachhaltige
Finanzanlagen des Landes Berlin**

[0290](#)
StadtUm
Haupt(f)

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.